

„Aktive Solidarität“?

Akteure und Motive des politischen Entscheidungsprozesses zu Militärhilfen der DDR für die sogenannte Dritte Welt

Klaus Storkmann

Unter dem allgegenwärtigen Schlagwort der „antiimperialistischen Solidarität“ leisteten die DDR und ihre Streitkräfte umfangreiche militärische Unterstützung für sogenannten Entwicklungsländer. Dabei mied die DDR den heute allgemein üblichen geographischen wie politischen Begriff Dritte Welt.¹

Das Hamburger Magazin *Der Spiegel* zeigte im März 1980 auf seinem Titel vier NVA-Soldaten in Großaufnahme und schrieb dazu im Stil eines Wehrmachtsärmelbands „Honeckers Afrika-Korps“. Mit dieser Aufmerksamkeit erregenden Schlagzeile berichtete das Magazin in seiner Titelgeschichte über die Aktivitäten der ostdeutschen Streitkräfte in der Dritten Welt, speziell auf dem afrikanischen Kontinent.² Das amerikanische *TIME Magazine* widmete den Interventionen des DDR-Militärs in der Dritten Welt im April 1980 einen eigenen Bericht unter dem prägnanten Titel „Hier kommen Europas Kubaner“.³ Die „westlichen“ Publikationen konnten sich keiner gesicherten Quellen aus der DDR und NVA bedienen, so daß sie im Lichte der heutigen Kenntnisse viele Mutmaßungen verbreiteten. Die systemimmanente Geheimhaltung der DDR begünstigte solche Spekulationen.

Die nachfolgende Untersuchung – soviel kann vorweggenommen werden – wird zeigen: Die militärischen Auslandskontakte waren bei weitem keine alleinige Angelegenheit der NVA. Vielmehr wurden sie von den außenpolitischen Zielen und ideologischen Grundsätzen der Staats- und Parteiführung determiniert. Und noch eines ist festzuhalten: Grundsätzlich stimmte die DDR ihre Aktivitäten

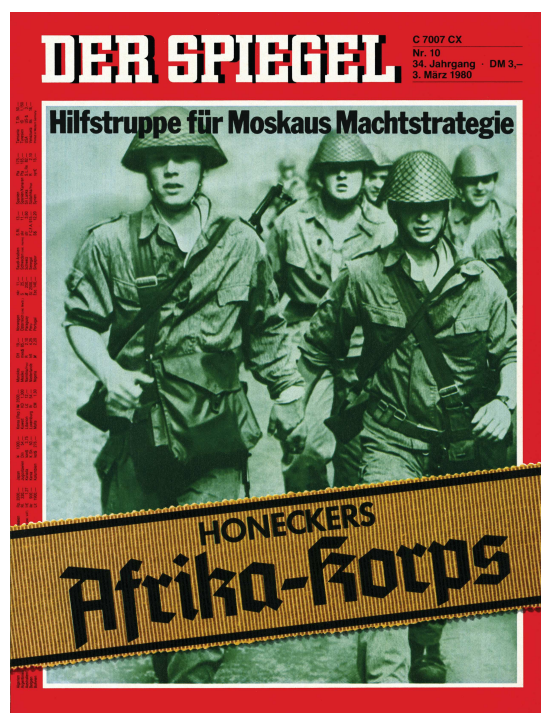


Abb. 1: *Der Spiegel* im März 1980.

- 1 Statt dessen wurde auf die etwas umständliche geographische Formulierung „Asien, Afrika und Lateinamerika“ ausgewichen. Ansonsten wurde in der DDR konsequent von „Entwicklungsländern“ gesprochen, sehr häufig ergänzt um die Adjektive „befreundet“ und „progressiv“ beziehungsweise „fortschrittlich“. In den DDR-Akten finden sich auch gehäuft Wortschöpfungen wie „junge Nationalstaaten“ und „national befreite Staaten“. Zu den wissenschaftlich-theoretischen Hintergründen der Afrikapolitik der DDR vgl. van der Heyden, Ulrich: Die Afrikawissenschaften in der DDR. Eine akademische Disziplin zwischen Exotik und Exempel. Eine wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung. Die DDR und die Dritte Welt, Bd. 5, Hamburg 1999. Aus zeitgenössischer DDR-Sicht: Handbuch Entwicklungsländer. Sozialökonomische Prozesse, Fakten und Strategien. Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Peter Stier, Berlin (Ost) 1987.
- 2 „Wir haben euch Waffen und Brot geschickt“. In: *Der Spiegel* 10/1980, S. 42–61 und Titel „Honeckers Afrika-Korps“.
- 3 Here Come Europe's Cubans. In: *TIME Magazine* v. 21.04.1980, S. 14.

in der Dritten Welt mit der Führung in Moskau ab. Dieses und weitere Problemfelder sollen in einer derzeit erarbeiteten Monographie analysiert werden.⁴

Bilanzen und Statistiken

In den achtziger Jahren bilanzierte das Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) jährlich seine Aufwendungen für die „antiimperialistische Solidarität“. Die Bilanzen bezogen sich sowohl auf das jeweils abgeschlossene Jahr als auch auf die Summe aller Ausgaben seit 1973.

„Auf Grundlage der Beschlüsse des Politbüros des ZK der SED bzw. Deiner Aufgabenstellung gestatte ich mir, Dir [...] folgendes zu melden: [...].“ Mit dieser für seinen Schriftverkehr mit Erich Honecker allgemein üblichen Formel leitete Armeegeneral Heinz Keßler seine Aufstellung der Kosten des MfNV für die „Unterstützung von Entwicklungsländern und progressiven nationalen Befreiungsbewegungen“ an den Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates (NVR) im Januar 1986 ein. Der Verteidigungsminister bezifferte die durch die NVA geleistete unentgeltliche Unterstützung von Entwicklungsländern und Befreiungsbewegungen für das Jahr 1985 auf insgesamt 35,7 Millionen Mark, darunter 27,8 Millionen Mark für „Kampftechnik, Bewaffnung und Ausrüstung“, 6,1 Millionen Mark für Ausbildung ausländischer „Militärkader“ und 1,8 Millionen Mark für medizinische Betreuung. Im Gesamtzeitraum 1973 bis Dezember 1985 habe die NVA insgesamt rund 798 Millionen Mark für Unterstützungsleistungen aufgewendet, darunter für Bewaffnung und Ausrüstungen rund 696 Millionen Mark.⁵

Als vorläufige Abschlußbilanz der Militärhilfen der NVA für die Dritte Welt können die im Juli 1990 vom Ministerium für Abrüstung und Verteidigung der DDR (MfAV) an das Bundesministerium der Verteidigung in Bonn gemeldeten Daten gelten. Nach Angaben aus Strausberg betrug der Gesamtwert der Unterstützung der NVA seit 1965 insgesamt circa 950 Millionen Mark. Davon entfielen etwa 800 Millionen auf materielle Lieferungen, 145 Millionen wurden für Ausbildungsleistungen ausgegeben. Insgesamt wurden 2216 Militärangehörige aus 19 Staaten ausgebildet. Im Juli 1990 befanden sich noch 628 ausländische Militärs in der Ausbildung in der DDR. Auf etwa 5 Millionen Mark summierten sich die Kosten für medizinische Betreuung zur Behandlung von 576 ausländischen Verwundeten und Kranken in medizinischen Einrichtungen der NVA.⁶

Daten und Statistiken sind relativ leicht zusammenzustellen; die Untersuchung der DDR-Militärhilfen bedarf aber zwingend einer tiefergehenden Analyse im zeithistorischen Kontext. Von besonderer Bedeutung ist die Untersuchung der Motive und Ziele, die hinter dem militärischen Engagement Ost-Berlins gestanden haben, und somit auch der damals zentralen Akteure. In den Mittelpunkt des Interesses rücken somit die Entscheidungsprozesse innerhalb der DDR-Führung. Die zahlreichen erhalten gebliebenen Dokumente des Zentralkomitees der SED, seines Politbüros und seines Sekretariats, der persönlichen Büros seiner Spitzenfunktionäre, des Ministerrats sowie der Ministerien für Nationale Verteidigung, Staatssicherheit und Auswärtige Angelegenheiten der DDR ermöglichen eine wissenschaftliche Betrachtung der damaligen Entscheidungsprozesse

4 Dieser Aufsatz entstand im Rahmen einer thematisch breiter angelegten Forschungsarbeit zu den Militärkontakten und Militärhilfen der DDR für die sogenannte Dritte Welt. Er stellt in gekürzter Form erste Forschungsergebnisse dar und sollte als Werkstattbericht angesehen werden.

5 MfNV: Keßler an Honecker, 13.1.1986. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/196, Bl. 18.

6 MfAV, Informationsmappe für Gespräch zwischen Beauftragten des MfAV und des BMVg, Bonn, Juli 1990, o. Pag. (im Privatarchiv Staatssekretär a. D. Werner Ablaß).

und erlauben Antworten auf die Fragen nach Akteuren, Motiven und Zielen der für die Dritte Welt tatsächlich geleisteten Militärhilfe.

Ideologische Prämissen: „Antiimperialistische Solidarität“, DDR und bewaffneter Kampf

Nach der eigenen Definition einer „sozialistischen Außenpolitik“ trug diese einen „zutiefst internationalistischen, revolutionären und friedliebenden Charakter“.⁷ Die Definition macht deutlich, daß Außenpolitik kein ideologiefreier Raum war, sondern vielmehr maßgeblich von ihr geprägt wurde.⁸ Ideologie war aber keineswegs ein Dogma. In der Praxis trat sie, wenn beide nicht übereinstimmen sollten, hinter die Realpolitik zurück.⁹ Dennoch spielte die Ideologie in der Außenpolitik eine wichtige Rolle, nicht nur in öffentlichen Verlautbarungen.¹⁰

Die Inkorporation des Befreiungskampfes der afrikanischen und asiatischen Völker gegen den Kolonialismus in die eigene Position im damaligen Ost-West-Konflikt findet sich in zahllosen zeitgenössischen offiziellen Verlautbarungen.¹¹ Im Grußtelegramm des afroasiatischen Solidaritätskomitees der DDR an die FRELIMO zum 6. Jahrestag des Beginns ihres bewaffneten Kampfes 1970 wurde den Mosambikanern versichert, die DDR würde „im Kampf gegen Imperialismus in gemeinsamer, weltweiter Front“ an ihrer Seite stehen. Das Telegramm endete mit der eindringlichen Formulierung: „Ihr Sieg ist auch unser Sieg!“¹²

Die Unterstützung der Dritten Welt hatte in der DDR sogar Verfassungsrang. Beim Vergleich der Verfassungstexte von 1968 und 1974 zeigt sich in der sprachlichen Zuspitzung die gestiegene Bedeutung, die die DDR-Führung den Entwicklungen in der Dritten Welt und dem bewaffneten Kampf beimaß. Eingang in die Verfassung fand 1974 die Unterstützung des „Kampfes [. . .] gegen den Imperialismus und sein Kolonialregime“.¹³

7 Die „sozialistische Außenpolitik“ wurde zudem vom „Klassencharakter des sozialistischen Staates“ und der „marxistisch-leninistischen Partei“ geprägt. Zit. nach: Außenpolitik der DDR. Sozialistische deutsche Friedenspolitik. Hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen Potsdam-Babelsberg, 2. überarb. Aufl., Berlin (Ost) 1982, S. 20 f.

8 Ingrid Muth unterstrich, diese Ideologisierung der Außenpolitik wurde von der politischen Führung als „Stärke sozialistischer Außenpolitik“ dargestellt und internalisiert“. Sie zitierte dazu Peter Florin aus dem Jahr 1967. Zit. nach: Muth, Ingrid: Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen. Forschungen zur DDR-Gesellschaft, Berlin 2000, S. 21.

9 So auch die Einschätzungen in: Troche, Alexander: Ulbricht und die Dritte Welt. Ost-Berlins „Kampf“ gegen die Bonner „Alleinvertretungsanmaßung“. Erlanger Studien zur Geschichte Bd. 2, Erlangen/Jena 1996, S. 26 f.; und Muth: DDR-Außenpolitik, S. 44. Ingrid Muth nahm die Haltung der DDR gegenüber Iran als Beispiel, um das Widersprüchliche an ihrer Politik herauszustellen. Obwohl der Schah und später Khomeini die KP Irans grausam verfolgten, knüpfte Ost-Berlin enge Beziehungen nach Teheran.

10 Benno-Eide Siebs merkte 1999 an, die Rolle der Ideologie in der DDR-Außenpolitik sei zwar oft untersucht worden, das Ausmaß ihres tatsächlichen Einflusses „dagegen nie endgültig bestimmt“ worden. Vgl. Siebs, Benno-Eide: Die Außenpolitik der DDR 1976–1989. Strategien und Grenzen. Paderborn 1999, S. 43. Kritisch zu hinterfragen ist, ob eine historische Frage wie diese jemals „endgültig“ geklärt werden kann.

11 Als Beispiel: Baumann, Herbert/Rusch, Manfred/Schmidt, Ulf: Die nationale Befreiungsbewegung in der gegenwärtigen Etappe und die Einheit der antiimperialistische Kräfte. In: Deutsche Außenpolitik, 24/1979, S. 118–127.

12 Grußtelegramm AASK vom 23.9.1970. Zit. aus: BArch, DZ 8/7301–662, o. Pag.

13 Diese Passage fehlte im Text von 1968, in dem es noch weniger kämpferisch hieß, die DDR „unterstützt die Bestrebungen der Völker nach Freiheit und Unabhängigkeit“. Beide Begriffe blieben auch in der Verfassung 1974. Beachtenswert ist der Begriffswechsel von „Bestrebungen“ zu „Kampf“.

Der bewaffnete Kampf, offensiv eingesetzt zur Befreiung von der Kolonialherrschaft oder defensiv angewandt als Verteidigung gegen Angriffe des „Imperialismus“ und „Rassismus“, wurde von der DDR gutgeheißen. Er wurde von ihrer politischen und militärischen Führung wie von Analysten und Wissenschaftlern uneingeschränkt befürwortet.¹⁴ Militär und Gewalt als Mittel der Politik zur Durchsetzung von politischen Zielen wurden offiziell und unverblümt gerechtfertigt und sogar als notwendig bezeichnet. Freilich galt dies nur, solange „gerechte“ Ziele verfolgt wurden, also Ziele, die ideologisch und/oder politisch denen des Ostblocks entsprachen. Die Lehre von „gerechten“ und „ungerechten“ Kriegen war eine feste theoretische Größe im Ideologiegebäude. Der „gerechte Krieg“ definierte sich aus seinen angeblich gerechten Zielen. Ein Angriff als vermeintliche „Befreiung“ konnte aus dieser Lehre heraus sehr wohl „gerecht“ sein.¹⁵

In der Gretchenfrage, wie es die DDR und die anderen sozialistischen Länder mit Krieg und Frieden hielten, spiegelten sich die Widersprüchlichkeiten ihrer Ideologie und ihrer Propaganda besonders deutlich wider. Auffällig ist die Diskrepanz zwischen der allgegenwärtigen Betonung der friedlichen Koexistenz und der ohne jede Zurückhaltung propagierten Rechtfertigung des bewaffneten Kampfes. Der Widerspruch war nach DDR-Lesart jedoch keiner: Das vermeintliche Friedensgebot galt primär für Europa, und die Blockkonfrontation, der Kampf, sollte statt dessen in den anderen Weltregionen geführt werden.¹⁶

In der Praxis herrschte eine komplexe und komplizierte gegenseitige Wechselwirkung zwischen Machtpolitik und Ideologie. Neben strategischen Interessen (der UdSSR) galten auch ideologisch motivierte Einschätzungen als Maßstab für die Bewertung der Dritte-Welt-Regierungen und -Bewegungen. In diesem teils ideologisch, teils sehr realpolitisch-strategisch definierten Rahmen bewegte sich die Außenpolitik der DDR gegenüber Drittstaaten. Es wird nachfolgend untersucht werden, wie sich ihre Militärhilfen und Rüstungslieferungen in diesen Kontext einfügten.

die/den es zu unterstützen galt. Vgl. jeweils Art. 6, Abs. 3 der Verfassungen der DDR von 1968 und 1974.

- 14 Beispielsweise: Schloesser, Klaus-Ulrich: Zur Rolle der Armee beim Schutz progressiver Veränderungen in national befreiten Staaten. In: *Militärwesen*, 8/1981, S. 20–24; Schloesser, Klaus-Ulrich: Zur Rolle der Armee in national befreiten Staaten Asiens und Afrikas. In: *Deutsche Außenpolitik*, 27/1982, S. 64–75; Baatz, Wolfgang: Zur Rolle der militärischen Gewalt bei der Sicherung der Erfolge der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika und Asien. In: *Afrika, Asien, Lateinamerika (aal)*, 2/1976, S. 209–222.
- 15 Die „nationalen Befreiungs- und Verteidigungskriege gegen imperialistische Fremdherrschaft, Kolonialismus und Neokolonialismus“ wurden dem allgemeinen „gerechten“ Kampf „um Sozialismus [...], um Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Frieden“ zugeordnet. Zit. nach: Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts. Hrsg. v. Institut für internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Berlin (Ost) 1980, S. 377–379. Dazu kritisch: Schleicher, Ilona: Zwischen Herzenswunsch und politischem Kalkül. DDR-Solidarität mit dem Befreiungskampf im südlichen Afrika. Annäherung an ein Erbe. Hefte zur DDR-Geschichte, Bd. 53, Berlin 1998, S. 23.
- 16 In typischer sozialistischer Semantik zitierte Klaus-Dieter Schloesser den KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew: „Wir sind gegen den Export der Revolution, aber wir können auch den Export der Konterrevolution nicht zulassen.“ Zit. nach: Schloesser: Rolle der Armee, hier S. 73. Vgl. ebenso Groll, D./Hillebrenner, D: Die sozialistische Militärmacht im revolutionären Weltprozeß der Gegenwart: In: *Militärwesen*, 3/1983, S. 11–15, hier S. 14 f. Die Autoren, beide Oberst an der Militärakademie „Friedrich Engels“ Dresden, widmeten einen Großteil ihres Aufsatzes zur „sozialistischen Militärmacht im revolutionären Weltprozeß der Gegenwart“ der „Unterstützung des Kampfes um nationale und soziale Befreiung und [der] Verhinderung des Exports der Konterrevolution“.

Ausländische Bitten an den SED-Generalsekretär

„Honecker kümmerte sich um alles, stand über allem.“¹⁷ Seine Paraphierung mit „Einverstanden. EH“ galt als ausreichende Zustimmung und ersetzte praktisch die Entscheidung weiterer politischer Instanzen. Daß die offiziell für Außenpolitik zuständigen Gremien Honeckers „Einverstanden“ im nachhinein teilweise nochmals bestätigten, war nur ein formeller Akt. Die sehr herausgehobene Position des ersten Mannes der Partei wog in der stark personalisierten Außenpolitik während Honeckers Herrschaft besonders schwer. Er hatte sich die Außenpolitik als persönlichen Entscheidungsbereich quasi reserviert.¹⁸

Ausländische Staats-, Partei- und/oder Armeechefs wußten um die Affinität Honeckers zur Dritten Welt und nutzten ihre persönlichen Kontakte zu ihm, um sich dadurch neue oder zusätzliche militärische Hilfe der DDR zu sichern. Dies galt insbesondere für Mengistu Haile Mariam (Äthiopien), Samora Machel (Mosambik/FRELIMO), Augustino Neto (Angola/MPLA) und Sam Nujoma (Namibia/SWAPO).

Während seines Besuchs in Ost-Berlin im Dezember 1974 und seiner Gespräche mit Honecker bat FRELIMO-Präsident Machel eindringlich um materielle Hilfe, Berater und Experten, vor allem auf „nichtzivilem“ Gebiet. Honecker erklärte sich bereit, „auch in Zukunft aktiv zur Festigung des Bündnisses zwischen der sozialistischen Staatengemeinschaft und der nationalen Befreiungsbewegung beizutragen“ und die Beziehungen „allseitig zu entwickeln“,¹⁹ wobei „aktiv“ und „allseitig“ als Umschreibungen für die selbstverständliche Einbeziehung militärischer Hilfe angesehen werden können. Im Januar 1975, unmittelbar nach Machels Bitte, beschloß das Sekretariat des ZK einen sehr umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Unterstützung der FRELIMO in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Schulwesen, vor allem aber Sicherheit und Verteidigung.²⁰

Im harten Kampf um die Macht in Angola, kurz vor der für November 1975 geplanten Unabhängigkeitserklärung, wandte sich MPLA-Chef Neto in einem Schreiben persönlich an Honecker. Der Brief wurde vom Militärführer der MPLA, Iko Carreira, bei seinem Besuch in Ost-Berlin im August 1975 an Horst Dohlus übergeben. Dohlus führte die Verhandlungen mit den Angolanern. Am selben Tag bestätigte der Generalsekretär die ihm von Dohlus gemachten Vorschläge zur militärischen Unterstützung. Die militärische Soforthilfe der DDR für die MPLA sah unter anderem vor: 10 000 Maschinenpistolen (MPi) mit 10 Millionen Schuß Munition, 10 000 Handgranaten, 4 000 Splitter- und Hohlraumgranaten, dazu Stahlhelme und Uniformen.²¹ In dringenden Fällen entschied der Generalsekretär schnell und allein. Ein „formeller“ Politbürobeschluss wurde gegebenenfalls nachgereicht, so auch in diesem Fall: In der Sitzung vom 9. September 1975 bestätigte das Politbüro „auf Ersuchen“ Netos die militärische Soforthilfe.²²

17 Zit. nach: Grunert, Horst: Für Honecker auf glattem Parkett. 2. korr. Aufl., Berlin 1995, S. 208.

18 Gaben Ulbricht und sein Nachfolger Honecker im Gesamtzeitraum stets die außenpolitischen Richtlinien vor, änderte sich die Qualität des Einflusses Honeckers während seiner Amtszeit. Nach Einschätzung von Benno-Eide Siebs hatte Honecker spätestens seit den frühen achtziger Jahren die vollständige Kontrolle über die Außenpolitik. Vgl. Siebs: Außenpolitik, S. 59–63, ebenso: Scholtysek, Joachim: Die Außenpolitik der DDR. Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 69, München 2003, S. 70.

19 Information über den Aufenthalt der Delegation der FRELIMO in der DDR, 3.–10.12.1974. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3A/2618, hier Bl. 105.

20 Umlauf Sekretariat 8.1.1975, TOP 13 u. Anl. 8. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3A/2618.

21 ZK, Hausmitteilung Dohlus an Honecker, 25.8.1975, mit Vermerk Honeckers „Einverstanden 28.8.75“. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/12/55, 141 f.

22 Die Koordinierung der Bereitstellung der nichtzivilen Hilfe wurde dem Stellvertretenden Vorsit-

Nicht weniger schnell reagierte Honecker im November desselben Jahres auf einen erneuten dringenden Appell Netos an das ZK der SED vom 31. Oktober.²³ Am 11. November 1975 „entschied Genosse Erich Honecker, dem Wunsch des Präsidenten der MPLA/VR Angola entsprechend, eine weitere Hilfslieferung nichtziviler Güter zur Verfügung zu stellen“.²⁴

Wiederum direkt auf ein Gespräch Honeckers mit Präsident Neto ging die Entsendung von Fernmeldespezialisten der NVA nach Angola 1980 zurück. Ausgangspunkt war die Bitte Netos an den Staats- und Parteichef aus Ost-Berlin bei dessen Besuch in Luanda im Februar 1979, beim Aufbau des Funk- und Nachrichtenwesens zu helfen.²⁵ In den unmittelbar nach der Rückkehr Honeckers vom Politbüro beschlossenen Schlußfolgerungen fand sich der Auftrag an die Minister für Staatssicherheit und Nationale Verteidigung sowie an den Minister für Elektrotechnik/Elektronik zum Aufbau eines „speziellen Nachrichtenverbindingssystem“ in Angola.²⁶ Daraufhin entsandte die NVA Anfang 1980 eine Spezialistengruppe unter Leitung des Stellvertreters des Chefs des Hauptstabs für Automatisierung und Mechanisierung in der Truppenführung, Generalleutnant Gerhard Kunze, nach Angola.²⁷

Der Führer der namibischen SWAPO, Sam Nujoma, wandte sich 1979 mit seiner Bitte um Ausrüstungshilfe ebenfalls direkt an Honecker. „Wir brauchen dazu Uniformen und andere Ausrüstungs- und Bekleidungsgegenstände für die SWAPO-Kämpfer.“ Honecker gab sein Einverständnis und bat Nujoma, Details über die DDR-Botschaft in Luanda zu klären.²⁸ Ausdruck der in der DDR herrschenden nahezu alleinigen Orientierung auf den Generalsekretär und dessen Entscheidungen waren die Betitelungen der 1975 bis 1977 an Angola und die MPLA gelieferten militärtechnischen Güter. Jede der drei Hauptpositionen wurde überschrieben mit „Bitte“ beziehungsweise „Ersuchen des Genossen Dr. Neto an Genossen Honecker“.²⁹

„Ich möchte Sie [...] noch einmal um Hilfe und Unterstützung auf militärischem Gebiet ersuchen. Wir benötigen insbesondere dringend die Unterstützung ihrer Genossen, die als Militärberater zu uns kommen sollten,“ schrieb Sambias Präsident Kenneth Kaunda

zenden des Ministerrats, Gerhard Weiß, übertragen. Die Kosten in Höhe von sechs Millionen Mark hatte das Solidaritätskomitee zu übernehmen. Politbürositzung 9.9.1975, TOP 8 u. Anl. 5. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1580. Auch in: BArch, DC 20/12853, Bl. 99 f.

23 Übersetzung Schreiben MPLA, Neto, an ZK der SED, 31.10.1975. BArch, DC 20/12853, Bl. 82 f.

24 Netos Liste umfaßte u. a. 15 Geschütze 82 mm, 8 Mörser 120 mm, mehrere tausend Granaten und 1,4 Millionen Schuß Munition für Kalaschnikows. In den Unterlagen des mit der Realisierung beauftragten Stv. Ministerratsvorsitzenden Gerhard Weiß finden sich hinter den einzelnen Positionen der Liste dann teilweise Haken mit den Notizen „Mdi“ (Ministerium des Innern) oder „Staatsreserve“. Weiß an Sindermann, 13.11.1975. BArch, DC 20/12853, Bl. 81–83.

25 Dem Bericht an das Politbüro zufolge habe Honecker noch während der Reise vor Ort Günter Mittag beauftragt, die Frage zu prüfen, „damit wir alle Dinge bis auf Punkt und Komma erledigen“. Politbürositzung 27.2.1979, Arbeitsprotokoll, Anlage 1, Bericht Partei- und Staatsdelegation. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2214, Bd. 1, hier insbesondere Bl. 113.

26 Konkret lautete der Auftrag „kurzfristige Installation“ und „Ausbildung angolanischer Sicherheitskräfte zur Betreibung und Wartung des Systems“. Ebd., hier Bl. 70.

27 Bericht Einsatz EDV-Spezialisten der NVA in Angola vom 26.3.1980, BA-MA, DVW 1/54293; Bericht Dienstreise GenLt Kunze, Stv. des Chef des Hauptstabs für Automatisierung und Mechanisierung in der Truppenführung nach Angola 18.3.–27.3.1980. BStU, MfS, HA II 221/2.

28 Konkret bat er um 10 000 Uniformen und LKW für neu aufzustellende Bataillone. Zu weiteren Absprachen bat Nujoma, im März oder April eine Gruppe von SWAPO-Kommandeuren in der DDR zu empfangen. Vermerk Gespräch Honecker mit Sam Nujoma, Luanda, 18.2.1979. SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/2.035/146, Bl. 5–13.

29 Aufstellung Hilfslieferungen für die VR Angola, 1.4.1977. BArch, DC 20/12853, Bl. 5–7.

an Erich Honecker im März 1980. Zudem erbat er kostenfreie militärische Ausbildung in der DDR. Verhandlungen mit dem „Genossen Hoffmann“ und einem weiteren Offizier des MfNV hätten „noch zu keiner Lösung geführt“, so Kaunda.³⁰

Honecker kümmerte sich oftmals bis ins Detail selbst um die militärischen Lieferungen. Während seines Gespräches mit dem libyschen Staats- und Armeechef Oberst Muammar el Ghaddafi in Tripolis im Februar 1979 fragte er nach dem „tatsächlichen Bedarf“ der libyschen Streitkräfte, „damit wir wissen, was Libyen wirklich braucht“. Auf der Grundlage eines Berichts der NVA über den Stand der (geplanten) militärischen Zusammenarbeit verhandelten Honecker und Ghaddafi dann unter anderem über Hubschrauberlandeplatzbefeuerung, Abschußgeräte für Strela (russische Trägerraketen) und Feldlazarette.³¹ Tripolis war auch an weiteren Waffenlieferungen interessiert, allerdings unter der Bedingung, daß die DDR Ausbilder und militärische Berater für diese Waffen nach Libyen entsende. Die NVA-Spezialisten mußten zudem Arabisch sprechen, forderte Ghaddafi. Honecker entgegnete, die Ausbildung an den Geräten würde nur in der DDR und auf Deutsch erfolgen. Dafür böte man den libyschen Soldaten aber Deutschkurse in Libyen an.³² In einem Gespräch mit PLO-Chef Yassir Arafat im März 1982 äußerte Honecker sein Interesse an militärtechnischen Details: „Ich habe gestern mit Genossen Hoffmann gesprochen. Auf dem Gebiet der panzerbrechenden Waffen gibt es bei uns eine Produktion. Im Kampf gegen die israelischen Streitkräfte stehen natürlich panzerbrechende Waffen im Vordergrund. Diese Waffen sind durchaus in der Lage, israelische Panzer zu durchschlagen. Ich habe mir das einmal angesehen, wie das vor sich geht. Ich hätte nie gedacht, daß diese Dinge durch so dicke Panzer hindurchgehen. Das sind Spezialgeschosse. Dazu kommen dann noch andere Fragen, so Fragen der Entfernung mit Hilfe von Laser.“³³ Honecker wies dann ohne Umschweife fast entschuldigend auf das generelle Manko der DDR in Sachen Rüstungslieferungen hin: „Was die Waffenfrage betrifft, so können wir nur das liefern, was wir selbst produzieren. Leider haben wir da keine größere Produktion.“ Ironisch fügte er hinzu: „Man berichtet heute in der Westpresse sowieso schon sehr viel über unsere militärischen Vereinbarungen. Es tut mit leid, daß wir nicht so viel helfen können, wie man dort schreibt.“³⁴

Im Zuge des Besuchs des Präsidenten und Verteidigungsministers der Volksrepublik Kongo, Oberst Sassou-Nguesso, im Mai 1985 trafen sich Teile der kongolesischen Delegation mit der NVA-Führung zu Gesprächen über die weitere militärische Kooperation. Im Anschluß an das Gespräch informierte Minister Hoffmann den Generalsekretär über die neuerlichen Bitten der Kongolesen. Brazzaville wünschte die Aufstockung der Zahl seiner in der NVA auszubildenden Offiziere und Offizierschüler von 74 auf 100, die Ausweitung des Ausbildungsprogramms auf Unteroffiziere und den Einsatz von Lehrkräften der NVA in der Volksrepublik Kongo. „In Anbetracht der Kürze der Zeit“, empfahl Hoffmann Honecker, „keine sofortige Antwort“ zu geben und das Abkommen über die weitere militärische Zusammenarbeit erst später abzuschließen. Der Minister sorgte sich

30 Sambia, Präsident Kaunda, an Honecker, 20.3.1980, Originalschreiben und deutsche Übersetzung. BA-MA, AZN 32640, Bl. 72–76.

31 Ghaddafi sagte den Kauf von drei Ausbildungszentren für Raketenabschlußgeräte aus der DDR zu, wenn die DDR die zukünftige Belieferung mit Raketen garantiere. SAPMO-BArch, DY 30/2466, Bl. 62–67; Niederschrift Gespräch Honecker – Ghaddafi, Tripolis, 16.2.1979, hier Bl. 64.

32 SAPMO-BArch, DY 30/2466, Bl. 65.

33 Niederschrift Gespräch Honecker – Arafat, Ost-Berlin, 10.3.1982. SAPMO-BArch, DY 30/2499, Bl. 63–87, hier Bl. 80.

34 Das Protokoll verzeichnete Heiterkeit. Niederschrift Gespräch Honecker – Arafat, Ost-Berlin, 10.3.1982. SAPMO-BArch, DY 30/2499, Bl. 63–87, hier Bl. 79 f.

dabei weniger um die Erhöhung der Ausbildungsquote als um die von Brazzaville geforderten Materiallieferungen. Den Satz Hoffmanns: „Dabei ist jetzt schon vorauszusehen, daß diese große Anzahl von Technik und Ausrüstungsgegenständen nicht geliefert werden kann“, strich Honecker handschriftlich.³⁵ Hoffmanns Empfehlung, der Erhöhung der Zahl der auszubildenden Kongolesen auf 100 bereits noch während des Aufenthaltes der Regierungsdelegation aus Brazzaville in Ost-Berlin prinzipiell zuzustimmen, unterstützte Honecker durch Markierung im Text ausdrücklich.³⁶ Die NVA kam nicht umhin zu liefern. Anfang Juni 1985 meldete Hoffmann an Honecker, die Volksarmee könne 2 500 MPi AKM, über zwei Millionen Patronen sowie waffentechnisches und anderes Gerät im Gesamtwert von 3,4 Millionen Mark unentgeltlich abgeben. Das Material wurde einem, dem Verteidigungsminister zur Verfügung stehenden Sonderfonds sowie „noch begrenzt vorhandenen“ NVA-Reservebeständen entnommen.³⁷ Der Minister „gestattete sich“, Honecker darauf hinzuweisen, daß mit der Abgabe dieser Mittel die Reserven der NVA „fast vollständig ausgeschöpft“ seien. „Ausgehend von der Lage in der Volksrepublik Kongo“ sei es aber „zweckmäßig“, den Bitten in vollem Umfang zu entsprechen, so Hoffmann. Er bat um Honeckers Entscheidung. Honecker war einverstanden.³⁸

Neben diesen zahlreichen Einzelfallentscheidungen wurden dem Generalsekretär auch die jährlichen Pläne für „nichtzivile“ Hilfslieferungen an befreundete Entwicklungsländer und Organisationen sowie für den „speziellen Export“ vorgelegt. Honecker bestätigte in aller Regel die vom Ministerratsvorsitzenden weitergeleiteten Lieferpläne ohne weitere Änderungen.³⁹

Wünsche aus Addis Abeba wurden von Honecker besonders ernst genommen und mit Priorität behandelt. Im Juni 1978 verfügte er beispielsweise, daß auf Ersuchen Mengistu Haile Mariams eine Ärztegruppe der NVA ans Horn von Afrika fliegen sollte, um dort vier Wochen medizinische Hilfe zu leisten. Das Sekretariat des ZK stimmte Wochen später diesem Vorgang formell zu.⁴⁰ Bis in die letzten Monate seiner Herrschaft 1989 entschied Honecker positiv über Lieferungen von Waffen, Munition, Militärtechnik und weitere Ausrüstung an Äthiopien. Auf Ost-Berlin konnte sich das Regime in Addis Abeba verlassen. Mengistu erhielt im Mai 1989 eine erste Lieferung von 100 Panzern T-55 mit je drei Kampfsätzen Munition und je einem kompletten Ersatzteilsatz. Die Lieferung, zu der auch Flugplatztechnik gehörte, hatte einen Gesamtwert von rund 70 Millionen Mark. Die Panzer wurden ab Ende April im Seetransport verschifft, ein Teil der Munition wurde, auf dringende Bitte Mengistus, bereits vorab im März mit einer Son-

35 MfNV: Hoffmann, an Honecker, 15.5.1985, mit Einverständnisvermerk Honeckers vom selben Tag. BA-MA, AZN 32677, Bl. 98 f.

36 Ebd.

37 MfNV, Hoffmann, an Honecker, 3.6.1985. Unter „Materialien für die politische Arbeit“ wurden dabei unter anderem auch E-Gitarren, Schachspiele und Sportschuhe aufgeführt. BA-MA, AZN 32677, Bl. 103–105.

38 MfNV, Hoffmann, an Honecker, 3.6.1985 mit Einverständnisvermerk Honeckers vom selben Tag. BA-MA, AZN 32677, Bl. 103–105.

39 Jeweils Stoph an Honecker und handschriftliche Zustimmung Honeckers: „Einverstanden. Honecker“ für die Pläne 1971 bis 1981. Beispielsweise BArch, DC 20/12897, Bl. 27, 32, 55, 74, 95, 124, 137, 155 u. a.

40 MfNV, Hofmann an Honecker, 14.8.1978. SAPMO-BArch, DY 30/IV B 2/12/55, Bl. 72–139, insb. 216 f.; Vorlage AIV vom 21.6.1978 für Sekretariat des ZK DY 30/J IV 2/3A/3162, Bl. 113–115.

dermaschine der Interflug transportiert.⁴¹ Die Entscheidung zur kurzfristigen Lieferung der Panzer hatte Honecker persönlich getroffen.⁴²

Nicht nur afrikanische und arabische, auch asiatische Führer wußten um die Affinität des ersten Manns der DDR gegenüber ihren Anliegen. Auf Honeckers persönliche Hilfe setzte auch Nordkoreas Diktator Kim Il Sung. Bei einem Besuch einer NVA-Delegation im Oktober 1987 sagte er Generaloberst Fritz Streletz, er bitte ausdrücklich „seinen besten Freund und Genossen Erich Honecker, ausgehend von den Möglichkeiten der DDR, die KDVR [Koreanische Demokratische Volksrepublik] bei der Moderierung ihrer Streitkräfte zu unterstützen“.⁴³

Über die hier aufgezeigten Beispiele hinaus war Erich Honecker als erster Mann der DDR in seinen vielfältigen Funktionen im Entscheidungsprozeß nahezu omnipräsent. Die nachfolgend beschriebenen Aktivitäten weiterer Spitzenfunktionäre und Institutionen der DDR werden dies verdeutlichen. Selbst wenn Honecker nicht persönlich involviert war, beriefen sich die anderen Akteure bei Absprachen oder Vorschlägen regelmäßig auf seine Entscheidungen und seinen Willen.

Die ZK-Sekretäre für Sicherheitsfragen im Entscheidungsprozeß

Die Abteilung Sicherheitsfragen und der ihr vorgesetzte Sekretär Honecker waren bereits in den sechziger Jahren zentrale Entscheidungsträger im Machtgefüge des ZK-Apparats, wenn es um Militärhilfen ging. Mehrfach, wenn nicht in der Regel, beauftragte das Politbüro noch zu Zeiten Walter Ulbrichts als Parteichef den Verteidigungsminister, seine zu treffenden Entscheidungen und Planungen Honecker zur erneuten Bestätigung vorzulegen. Ob Honecker nun als Sekretär für Sicherheitsfragen des ZK oder als Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates (NVR) beteiligt wurde, geben die Quellen zumeist nicht preis. Die Frage ist letztlich auch unerheblich; entscheidend war die Beteiligung seiner Person.

1964 empfahl das DDR-Außenministerium (MfAA) in einer Stellungnahme, die Bitte der Aufständischen im Osten Zaires um Waffen und Militärausbilder abzulehnen. Es sollten keine Waffen geliefert und keine militärischen Ausbilder in den dort tobenden Bürgerkrieg entsandt werden. Ulbricht stimmte dieser ablehnenden Beschlußempfehlung des Außenministeriums zu.⁴⁴ Nach Intervention Honeckers änderte sich jedoch die Entscheidung der DDR-Führung: Der Sekretär für Sicherheitsfragen hatte grünes Licht für die Lieferung von 2 000 MPI, 100 Panzerfäusten und fünf Granatwerfern gegeben: „Nochmaliger Anruf bei Honecker hat ergeben, daß auch unter 1. genannte Lieferungen gemacht werden könnten unter der Voraussetzung, daß der Transportweg gesichert ist.“⁴⁵

41 MfNV, Streletz an Krenz, 22.03.1989 (darauf handschriftlich: „Einverstanden E. Honecker, 23.3.89“). SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/2.039/200, Bl. 91–94; MfNV, Streletz an Krenz, 08.04.1989. Ebd.: Bl. 101 f. Die Panzer stammten aus den im Zuge der einseitigen Abrüstungsinitiative Honeckers vom Januar 1989 aufgelösten Panzerregimentern. Statt wie angekündigt zur Verschrottung oder in die Volkswirtschaft ging ein Teil der Panzer an den Verbündeten nach Afrika.

42 MfNV, Streletz an Krenz, 08.04.1989. Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/2.039/200, Bl. 101 f.

43 MfNV, Keßler an Honecker, 26.10.1987: Bericht über Militärdelegation der NVA in der KDVR Oktober 1987. SAPMO-BArch, DY 30/5223, Bl. 168–177, hier Bl. 172.

44 MfAA an Ulbricht, Stoph und Honecker, 14.12.1964, mit Zustimmungsvermerk Ulbrichts vom 15.12.1964. Der Absender der Wunschliste war die in Stanleyville residierende „Regierung der kongolesischen Freiheitsbewegung“. AA-PA/MfAA/A 14593, Bl. 1–3.

45 MfAA, Staatssekretär Winzer an Kiesewetter, 22.12.1964. AA-PA/MfAA/A 14593, Bl. 4.

Demnach war der Einfluß Erich Honeckers in Fragen der Militärhilfe bereits in den sechziger Jahren enorm, was auch ein Vorgang aus dem Jahr 1966 zeigt. Im November dieses Jahres reagierte Minister Hoffmann auf eine Anfrage des kubanischen Verteidigungsministeriums bezüglich der möglichen Unterstützung der DDR für die lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen. An Honecker schrieb er: „Verfügt die DDR über Schulen zur Ausbildung von Kämpfern für Partisanen- oder subversiven Krieg? Ist die DDR in der Lage, Waffen und Ausrüstungsgegenstände zu liefern, die von Partisanengruppen benötigt werden? Bestehen evtl. Möglichkeiten, daß ein oder mehrere kubanische Offiziere diese Probleme in der DDR studieren bzw. sich an Ort und Stelle einen Überblick über die vorhandenen Möglichkeiten verschaffen können?“⁴⁶ Honecker notierte neben allen zitierten Fragen sein „Nein“. Hoffmann ahnte die Ablehnung Honeckers und formulierte vorausgehend einschränkend: „Mir ist klar, daß die NVA und wahrscheinlich auch die Regierung der DDR auf diesem Gebiet wenig Hilfe und Unterstützung gewähren kann. Trotzdem bitte ich um Deine Entscheidung, ob ich im Interesse unserer Beziehungen zu Kuba diese Delegation empfangen lassen soll.“ Honecker schrieb sein „Ja“ daneben.⁴⁷

In vielen Fällen läßt sich außer der Paraphe des Sekretärs Honecker keine Beteiligung oder Entscheidung des ihm vorgesetzten Ersten Sekretärs nachweisen. Ob Ulbricht von Honecker einbezogen wurde, ob es mündliche Rücksprachen oder schriftliche Rückfragen mittels ZK-Hausmitteilungen gab, läßt sich aus den überlieferten Aktenbeständen der beteiligten Büros nicht in jedem Fall rekonstruieren.

1984 übernahm Egon Krenz die Funktion des Sekretärs für Sicherheitsfragen. Für die Zeit 1984 bis 1989 lassen sich in den Akten seines Büros sehr umfangreiche schriftliche Vorgänge in Zusammenhang mit Militärhilfen und Rüstungslieferungen nachweisen. Im Auftrag von Egon Krenz prüfte Generaloberst Streletz beispielsweise 1985 die gewünschte Lieferung von Maschinenpistolen an Simbabwe. Im Ergebnis dessen teilte er Krenz im August 1985 mit, in der NVA gäbe es keine Bestände an MPi über die Sollstruktur hinaus. In der Staatsreserve würden aber aktuell knapp 50 000 MPi und knapp 100 Millionen dazugehörige Schuß Munitio n lagern. Davon könnten aus Sicht des MfNV 10 000 MPi und neun Millionen Schuß bereitgestellt werden. Eine entsprechende, bereits auf Krenz ausgestellte Vorlage an das Politbüro hatte Streletz sogleich erarbeiten lassen.⁴⁸

Herrmann Axen und die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen

Wo es nachweisbar aufgrund der jeweiligen Persönlichkeiten Kompetenzerweiterungen zugunsten einzelner Politbüromitglieder und vor allem des Generalsekretärs gab, konnte eine gegenläufige Entwicklung nicht ausbleiben. Ein prägnantes Beispiel für sich zunehmend verringernde Entscheidungskompetenzen war Herrmann Axen. Die Auswertung der Aktenbestände seines Büros und der ihm unterstellten ZK-Abteilung Internationale Verbindungen ergab ein eindeutiges Bild eingeschränkter persönlicher Einflusses.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre versuchte sich Axen als Koordinator von Militärhilfen für Afrika, insbesondere für Angola und Mosambik. So ließ er 1975/76, auf dem ersten Höhepunkt des Angolakrieges, teilweise mehrmals monatlich detaillierte

46 MfNV, Hoffmann, an Honecker, 10.11.1966, darauf „EH. 13.11.66“ und weitere handschriftliche Notizen. BA-MA, VA-01/19230, Bl. 508 f.

47 MfNV, Hoffmann an Honecker, 10.11.1966, darauf „EH. 13.11.66“ und weitere handschriftliche Notizen. BA-MA, VA-01/19230, Bl. 508 f.

48 Krenz übernahm die Vorlage, änderte lediglich die Verantwortlichkeit von Krenz auf Minister Hoffmann. MfNV, Streletz, an Krenz, 6.8.1985. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/298, Bl. 335–340.

Übersichten über erfolgte Hilfslieferungen der DDR erstellen. Darin waren in einer Anlage auch die „nichtzivilen Güter“ erfaßt.⁴⁹ Auch über anlaufende und geplante Transporte hielt Axen den Generalsekretär auf dem neuesten Stand.⁵⁰ Axen wurde wiederum vom Stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden Gerhard Weiß detailliert über den Planungsstand der Lieferungen informiert.⁵¹

Ansonsten leitete Axen die an ihn während seiner Gespräche mit Gästen aus Afrika oder Nahost gerichteten Bitten um militärische Hilfe in aller Regel an den Generalsekretär, an Krenz oder direkt an den Verteidigungsminister weiter. So zum Beispiel eine Anfrage aus Mosambik nach Jagd- und Transportflugzeugen, Spezialtechnik zur Luftverteidigung und die Entsendung von Spezialisten für deren Einsatz und Wartung, die er im Januar 1979 nach Strausberg schickte. Die postwendende Antwort Armeegeneral Hoffmanns war eindeutig ablehnend: Die Wünsche überschritten „bei weitem“ die Möglichkeiten der NVA. Hoffmann „bat“ Axen zudem, dieser solle „bei der weiteren Arbeit berücksichtigen“, daß die NVA derlei Unterstützung nicht gewähren könne.⁵²

1985 bat ihn der Vorsitzende der südafrikanischen Kommunistischen Partei, Joe Slovo, unter anderem um die Lieferung von 1 000 Pistolen mit Munition sowie um Uniformen und Trainingsanzüge für seine Partei und den African National Congress. Axen informierte Honecker und empfahl, Hoffmann mit der Prüfung zu beauftragen.⁵³ Weiteren Einfluß auf die Bearbeitung der ausländischen Wünsche nahm er in der Regel nicht.

Die ZK-Abteilung für Internationale Verbindungen (nachfolgend: AIV) besaß zwar offiziell weit größeres Gewicht als das eigentliche Außenministerium, was in Anbetracht der dominierenden Position des Generalsekretärs in der Ära Honecker in der Praxis aber wenig bedeutete.⁵⁴ In den siebziger Jahren tat sich die Abteilung unter ihrem Leiter Paul Markowski insbesondere in Fragen der Hilfen für afrikanische Unabhängigkeitsbewegungen hervor.

Nach einem Besuch der Führung der Befreiungsbewegung Portugiesisch-Guineas PAIGC in Ost-Berlin im Oktober 1972 erarbeitete die AIV eine Beschlußvorlage für das Politbüro und den Ministerrat mit einer Reihe von Maßnahmen in Vorbereitung der absehbaren Ausrufung des Staates Guinea-Bissau. Darunter fiel auch „entsprechend der gegebenen Zusage“ die Lieferung eines 300-Tonnen-Bootes mit Bewaffnung und Munition aus dem Bestand der NVA und weiterer „nichtzivilen Güter“, entsprechend einer von der PAIGC übergebenen Liste. Die PAIGC-Führung hatte in Ost-Berlin unter anderem um Flugabwehrwaffen, Munition und Waffen, Fernmeldeeinrichtungen, Schnellboote und Militärbekleidung gebeten.⁵⁵ Für die Außenexperten der ZK-Abteilung ver-

49 Als Beispiele: Axen an Honecker, 23.1.1976: Aufstellung Lieferungen für MPLA. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/128, Bl. 1–34; Aufstellung vom 19.2.1976. Ebd.: Bl. 46–49; Axen an Honecker, 10.3.1976: Solidarität für VR Angola. Ebd.: Bl. 108–112.

50 Als Beispiel: Aufstellung vom 2.2.1976 über Schiffstransporte Februar/März 1976. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/128, Bl. 35.

51 Als Beispiel: Weiß an Axen, 23.2.1976. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/128, Bl. 52–59; Weiß an Axen, 26.02.1976. Ebd., Bl. 62 f.

52 MfNV, Hoffmann, an Axen, 24.01.1979. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/146, Bl. 3.

53 Die Finanzierung sollte das Solidaritätskomitee der DDR übernehmen. Axen an Honecker, 24.07.1985. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/298, Bl. 342 f.

54 Vgl. Scholtyssek: Außenpolitik, S. 71. Zur Bedeutung, Funktionsweise und Aufgabenstellung der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK vgl. Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989. München 2007 (Quellen und Darstellung zur Zeitgeschichte Bd. 72), S. 191–194, 376–381; Muth: DDR-Außenpolitik, S. 61–65.

55 Vorlage AIV für Politbüro vom 7.11.1972. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1638, Bl. 58–65.

diente die PAIGC die besondere Unterstützung der DDR, weil sie „ihre Politik nach marxistisch-leninistischen Grundsätzen“ gestaltete. Insbesondere zur „nationalen Frage“ nehme die Bewegung eine klarere Haltung ein „als einige kommunistische Parteien in Europa“, lobte die AIV.⁵⁶ Dies bedeutete nichts anderes, als daß die Gruppe aus Portugiesisch-Guinea in der Deutschlandfrage voll und ganz auf der Linie der SED lag.

Auf eine Vorlage der AIV ging auch der Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom Januar 1976 zur kurzfristigen medizinischen Behandlung von Kämpfern der MPLA und der PLO in der DDR, unter anderem in NVA-Einrichtungen, zurück. Beide Organisationen hatten sich mit entsprechend dringlichen Bitten an die DDR-Führung gewandt. Die ZK-Abteilung stellte dazu fest, deren „positive Beantwortung ordne sich in die umfassende solidarische Unterstützung der sozialistischen Gemeinschaft, besonders der UdSSR und der DDR“, für die MPLA und PLO ein.⁵⁷

Die Abteilung bereitete auch die Entscheidung des Sekretariats vom Juni 1978 vor, auf die dringende Bitte des äthiopischen Staats- und Armeechefs Mengistu Haile Mariam kurzfristig eine Ärztegruppe der NVA dorthin zu entsenden.⁵⁸ In einer der Provinzen des Landes war eine unbekannte Krankheit ausgebrochen. Bemerkenswert ist die Begründung, die die SED-Außenexperten für die Notwendigkeit des NVA-Ärzteeinsatzes fanden: „Da in der Wollo-Provinz noch konterrevolutionäre Kräfte tätig sind, ist nicht ausgeschlossen, daß die Erkrankungsbilder Informationen erwarten lassen, die auch bei der medizinischen Sicherstellung der Landesverteidigung der DDR zu beachten wären.“⁵⁹ Diese eher abwegige Verknüpfung einer ostafrikanischen Krankheit mit der Landesverteidigung in Mitteleuropa kann als Beleg dafür gesehen werden, daß sich die ZK-Abteilung bemüßigt fühlte, den Einsatz von NVA-Personal in Afrika mit militärpolitischen Gründen zu rechtfertigen. Hintergrund dürfte ein gewisser Unwillen der NVA-Führung gegenüber solchen Einsätzen außerhalb ihres Kernauftrags gewesen sein.

Auf militärischem Terrain: Werner Lamberz als kurzzeitiger Afrikakoordinator

Werner Lamberz, nominell „nur“ ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda, übernahm im Laufe der siebziger Jahre auch die Federführung für Aufgaben, die nicht zu seinen eigentlichen Kerngebieten zählten.⁶⁰ In der Afrikapolitik fand Lamberz, der 1978 in Libyen unter tragischen Umständen umkam, sein letztes großes Betätigungsfeld. Gemeinsam mit Paul Markowski hat er Zeitzeugen aus dem ZK zufolge eine wahre „Afrika-Euphorie“ ausgelöst. Lamberz, der sich persönlich stark für eine tatkräftige Unterstützung Afrikas durch die DDR einsetzte,⁶¹ begab sich hierbei zum Teil auf explizit militärische Kompetenzfelder und damit ureigenstes NVA-Terrain.

56 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1638, Bl. 58–65, hier Bl. 65 f.

57 Die Ministerien für Gesundheitswesen und Nationale Verteidigung erhielten den Auftrag, kurzfristig die Aufnahme von je 50 verwundeten Kämpfern der MPLA und der PLO in ihren Krankenhäusern sicherzustellen. 20 Kämpfer sollten in medizinischen Einrichtungen der NVA versorgt werden. Vorlage AIV vom 30.12.1975 und Beschluß Sekretariat des ZK der SED vom 9.1.1976, TOP 6. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3A/2780, Bl. 26–29.

58 Vorlage AIV vom 21.6.1978 für Sekretariat des ZK. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3A/3162, Bl. 113–115.

59 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3A/3162, hier Bl. 114.

60 Zur Person Werner Lamberz und zu seinem Einfluß auf den außenpolitischen Entscheidungsprozeß vgl. u. a. Wentker: Enge Grenzen, S. 463.

61 Ulf Engel und Hans-Georg Schleicher befragten Zeitzeugen aus der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen, darunter Friedel Trappen. Vgl. Engel, Ulf/Schleicher, Hans-Georg: Die beiden deutschen Staaten in Afrika: Zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949–1990. Hamburger Beiträge zur Afrika-Kunde, Bd. 57, Hamburg 1998, S. 112.

Für Lamberz stand dabei nicht allein der Solidaritätsgedanke im Vordergrund. Aus den Akten seines persönlichen Büros geht deutlich hervor, daß er nicht minder an gegenseitige Geschäfte dachte: Die DDR brauchte Rohkaffee, Äthiopien wie auch Angola waren bedeutende Kaffeeproduzenten. Der Schriftverkehr der SED-Spitze zeigt, wie sehr die Führung in Ost-Berlin an Kaffee aus Äthiopien interessiert war.⁶² So wurden 1978 etwa 500 an der Ogadenfront dringend benötigte Militär-LKW teilweise gegen Sofortlieferungen von Kaffee und ansonsten auf Kredit geliefert. Der Kredit konnte und sollte wiederum langfristig gegen Waren, sprich Kaffee, abgegolten werden.⁶³ Lamberz ließ sich über den aktuellen Stand des Kaffeeimports stetig auf dem laufenden halten.⁶⁴ Ihn interessierten ebenso die reichen Bodenschatzressourcen des Landes wie auch die in Mosambik oder Somalia.⁶⁵

Neben dem südlichen Afrika und Äthiopien bildete Gaddafis Libyen den dritten Schwerpunkt für Lamberz' Aktivitäten in Sachen Militärhilfen. Im Dezember 1977 reiste er nach Tripolis. Gegenüber Gaddafi berichtete er zunächst freimütig über die militärische Unterstützung der DDR für Befreiungsbewegungen in Afrika und Nahost „sowohl durch die Ausbildung von Kadern als auch durch die Lieferung von Waffen“.⁶⁶ Lamberz erklärte sich zudem „zu einer stärkeren Unterstützung der progressiven arabischen Staaten und verschiedenen Befreiungsbewegungen“ bereit und bat Gaddafi ausdrücklich, der DDR bei der Herstellung entsprechender Kontakte behilflich zu sein. Eingebettet in diese Informationen und „Bitten“ trug Lamberz sein Angebot an Gaddafi vor: „Unsere Partei- und Staatsführung ist einverstanden, dem libyschen Volksstaat militärische Hilfe zu gewähren. Wir sind bereit, Offiziere und Unteroffiziere, Flugzeug- und Hubschrauberpiloten, Raketen- und Artilleriespezialisten und Aufklärer in der DDR oder in Libyen auszubilden. Wir sind zu einer umfassenden Unterstützung Ihrer Volksmarine bereit. Wir

62 Äthiopien produziere jährlich 150 000 Tonnen Kaffee. Die DDR benötige rund 52 000 Tonnen pro Jahr. Bei dem damaligen internationalen Preisniveau hätten dafür über 700 Millionen Valutamark aufgebracht werden müssen, im Plan waren aber nur 232 Millionen Valutamark vorgesehen, listete Lamberz auf. Daher seine Schlußfolgerung: „Wir sind interessiert an Kaffeebezügen gegen DDR-Erzeugnisse.“ Und weiter: „Um mehr Kaffee aus beiden Ländern zu bekommen, haben wir zu bieten: [...] b) die Lieferung von spezieller Technik, bei der Sofortzahlung durchaus gefordert werden kann.“ Aktennotiz Lamberz über Gespräch mit Vertretern des Ministeriums für Außenhandel, undatiert. „Spezielle Technik“ war ähnlich wie „spezieller Außenhandel“ einer der DDR-üblichen Ausdrücke für Militärtechnik und deren Export. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/87, Bl. 1–3.

63 Lamberz an Honecker, 14.2.1978. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/87, Bl. 112–114. Lamberz an Honecker, 16.2.1978. Telegrammen aus Addis Abeba zufolge bot Äthiopien an, 1977 10 000 Tonnen Kaffee zu liefern und diese Größenordnung auch in den Folgejahren beizubehalten. Ebd.: Bl. 115 f. Botschaft Addis Abeba, Telegramm, 6.7.1977. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/119, Bl. 49. Vgl. auch ebd., Bl. 5 f. Weiterführende Forschungsergebnisse in: Möller, Harald: DDR und Äthiopien. Unterstützung für ein Militärregime (1977–1989). Eine Dokumentation. Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Bd. 7, Berlin 2003; Möller, Harald: DDR und Dritte Welt. Die Beziehungen der DDR mit den Entwicklungsländern – ein neues theoretisches Konzept, dargestellt anhand der Beispiele China und Äthiopien sowie Irak/Iran. Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Bd. 14, Berlin 2004.

64 Information zum Stand der Realisierung der Verträge mit Sozialistisch Äthiopien, 25.7.1977. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/119, Bl. 111 f.

65 „Dieses Land hat ebenso wie Moçambique und Somalia wertvolle Rohstoffe (Eisen, Kupfer, Blei, Gold, Platin, [...]), die zwar bisher kaum genutzt werden, aber für uns in der Perspektive [...] von großem Interesse sein können.“ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/121, Bl. 22.

66 Konkret nannte Lamberz Äthiopien und „die Befreiungsbewegungen in Simbabwe, Palästina und Namibia“. Vermerk Gespräch Lamberz – Gaddafi, 12.12.1977. Dort auch die Bemerkung, die DDR sei „gewöhnlich, für Schritte der sozialistischen Länder als erste bestraft zu werden“. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/125, Bl. 60–80, hier Bl. 64, 67.

sind bereit, Waffen zu liefern [...]“ Lamberz schlug Gaddafi vor, eine hochrangige Militärdelegation in die DDR zu entsenden, und betonte ausdrücklich, dieses Angebot sei „die größte Entscheidung, die unsere Parteiführung zur militärischen Unterstützung eines Staates bisher getroffen hat“. Lamberz verstand es, sich in seiner Diktion an den Stil seiner Gesprächspartner anzupassen: „Sie sehen, auch wir haben Mut, auch wir sind Revolutionäre. Unsere Armee, die neue deutsche Armee, ist freiheitlich gesinnt und steht an der Seite aller Freiheitskämpfer.“⁶⁷ Im Gegenzug erbat Lamberz ohne Umschweife einen libyschen Kredit als „Startkapital“.⁶⁸ Gaddafi stellte den Kredit in Aussicht. Auf die angebotene militärische Zusammenarbeit ging der Libyer nicht weiter ein, kündigte aber die Entsendung einer Delegation nach Ost-Berlin an, „die alle Fragen klären soll“. Gaddafis konkrete Wünsche in Sachen Waffenlieferungen bezogen sich auf die Rebellen („Revolutionäre“) im Tschad.⁶⁹

Nach der Rückkehr von seiner Libyenreise 1977 beschäftigte Lamberz das Politbüro mit seinen weitreichenden Plänen für die zukünftige Kooperation der DDR mit dem nordafrikanischen Land.⁷⁰ Teil des Aktionsplans war unter anderem der Auftrag an Armeegeneral Hoffmann, kurzfristig eine Militärdelegation aus Libyen zu empfangen.⁷¹ Noch am Tag der Politbürositzung schrieb Honecker einen Brief an Gaddafi und lud die angekündigte „hochrangige“ libysche Militärdelegation nochmals ein.⁷² Am 28. Januar 1978 trafen die libyschen Militärs tatsächlich in Ost-Berlin ein, übrigens von Gesprächen in Wien kommend.⁷³

67 Ebd., hier Bl. 66f. Zeichen der Empathiefähigkeit Lamberz' war auch sein Angebot, in Dresden eine islamische Bibliothek und in Leipzig eine Moschee zu errichten. Ebd., Bl. 68.

68 „Wir sind nicht so reich wie Libyen. Durch die Konfrontation mit der stärksten imperialistischen Macht, die Manipulation einer bestimmten zionistischen Lobby haben wir Schwierigkeiten auf finanziellem Gebiet. [...] Der Imperialismus betreibt gegenüber der DDR einen Kredit-Boycott. [...] [Die DDR] verfügt [...] über Waffen und andere materielle Mittel, im Moment jedoch nicht über Bargeld. Wir bitten Sie deshalb zu prüfen, ob es Ihnen möglich ist, der DDR einen Bargeldkredit zur Verfügung zu stellen.“ Ebd., hier Bl. 69.

69 Gaddafi: „Die Bewegung in Tschad braucht Unterstützung mit Waffen. Ich weiß nicht, ob Ihr die Unterstützung für diese Bewegung über uns geben wollt oder direkte Kontakte wünscht.“ Lamberz: „Wir werden diese Bewegung voll unterstützen. Ich kann Ihnen bereits jetzt eine positive Antwort im Namen des Genossen Erich Honecker und der gesamten Führung geben. Aber natürlich braucht zunächst nicht überall das Etikett der DDR aufgeklebt zu sein.“ Der letzte Satz hebt sich im Maschinenschriftbild von den übrigen Sätzen auf der Seite ab, ein Hinweis, daß er nachträglich ins Protokoll aufgenommen wurde. Ebd., hier Bl. 77. Lamberz sagte laut seinem Reisebericht die Unterstützung der Befreiungsbewegungen nicht nur im Tschad, sondern in Oman und Dhofar und weitere Hilfe für die POLISARIO in Westsahara zu. Ebd., Bl. 110–124: Bericht Reise Lamberz nach Libyen 10.-14.12.1977 vom 17.12.1977, hier Bl. 118. Im offiziellen Protokoll beider Seiten über die weiteren Beziehungen fand die angestrebte militärische Kooperation dagegen keine Erwähnung. Arbeitsprotokoll, Tripolis, 14.12.1977. Vgl. ebd., Bl. 129–132.

70 Politbürositzung 20.12.1977, TOP 2. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1705.

71 Ebd., hier Bl. 14.

72 Das Politbüro habe eine Reihe konkreter Maßnahmen beschlossen, um „die neue, höhere Etappe unserer Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet [...] mit Erfolg zu verwirklichen. Wir erwarten die von Ihnen angekündigte hochrangige Militärdelegation [...]“. Schreiben Honecker an Gaddafi, 20.12.1977. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/125, Bl. 134 f.

73 Botschaft Tripolis, Telegramm an Lamberz, MfNV, MfAA, 26.1.1978. Zuvor hatte die Botschaft in einem Telegramm an Lamberz und Armeegeneral Hoffmann ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Delegation mit zwei Oberstleutnanten und einem Hauptmann „sehr hochrangig“ besetzt sei, da es in der libyschen Armee keine Generalsränge gäbe. „Empfehlen dringend hochrangige Partner und möglichst Empfang durch Genossen Hoffmann.“ DY 30/IV 2/2.033/126, Bl. 101. Botschaft Tripolis, Telegramm an Lamberz, MfNV, MfAA, 17.1.1978. Ebd., Bl. 76.

Der Politbürobeschuß vom 10. Januar 1967

Axen, Krenz, Mittag und Lamberz handelten nicht nur als Individuen, sondern in ihren Funktionen und Ämtern zugleich als Mitglieder kollektiver Strukturen und Gremien. Die Bandbreite der im Politbüro und im Sekretariat behandelten Angelegenheiten in bezug auf militärische Auslandskontakte reichte von simplen Terminabsprachen beim Empfang von Militärdelegationen bis hin zu Grundsatzentscheidungen, die die Politik der nächsten Jahrzehnte determinierten.

Mitte der sechziger Jahre erreichten Ost-Berlin verschiedene und zum Teil wiederholte Anfragen aus Afrika und Nahost nach Waffenlieferungen und Ausbildungshilfen. Die Bitte Guineas um Ausbildung seiner Offiziere an Schulen des MdI, des MfS und der damaligen Grenzpolizei lehnte das Sekretariat des ZK im September 1959 ab. Heinz Hoffmann, damals noch Generalleutnant, Erster Stellvertreter des Ministers und Chef des Hauptstabs, wurde beauftragt, einen negativen Bescheid zu geben.⁷⁴ Ähnliche Bitten um militärische Ausbildung und/oder Waffen und Ausrüstungen kamen Anfang und Mitte der sechziger Jahre auch von diversen afrikanischen Befreiungsbewegungen und Regierungen, beispielsweise aus Kongo-Brazzaville und von den kongolesischen Aufständischen im Osten Zaires.⁷⁵ Nicht zuletzt hierdurch sah sich die SED-Führung immer stärker zu einer Grundsatzentscheidung gedrängt. Am 10. Januar 1967 beschloß das Politbüro „die Lieferung nichtziviler Güter an nationale Befreiungsbewegungen in Afrika“.⁷⁶ Der Beschluß sah vor, daß neben dem MfS und der Volkspolizei auch die NVA militärische Ausrüstungen und Waffen aus ihren Beständen bereitzustellen hatte. Mit der Koordinierung, dem Transport und der Übergabe vor Ort wurden das Außenministerium und das MfS beauftragt. Als Empfänger wurden die simbabwische ZAPU, die mosambikanische FRELIMO, die PAIGC in Portugiesisch-Guinea und die angolansiche MPLA benannt. In den Anlagen des Beschlusses fanden sich bis ins kleinste Detail aufgelistet die zu liefernden Waffen und Munition.⁷⁷

Ein Vergleich der geplanten Militärhilfen in quantitativer Hinsicht verdeutlicht die klare Bevorzugung der FRELIMO. Bei den gelieferten Waffen handelte es sich großteils noch um Bestände der Wehrmacht aus dem Zweiten Weltkrieg, die sich in den Depots der NVA, aber in den sechziger Jahren auch noch im aktiven Gebrauch befanden. Moderne Waffen wie die MPi Kalaschnikow (Position 8) wurden nur in kleinen Stückzahlen geliefert. Beachtenswert sind die Schützenminen, auch Anti-Personenminen genannt, die – von allen Kriegsparteien in den Kämpfen im südlichen Afrika massenhaft eingesetzt – dort bis in die Gegenwart hinein zu Todesopfern unter der Landbevölkerung führen.

In seiner ausführlichen Begründung der Vorlage gab das Außenministerium Einschätzungen und Bewertungen zur jeweiligen Lage vor Ort und zur Stellung der dortigen

74 Sekretariatssitzung 9.9.1959, TOP 39. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3A/673, 674.

75 Beispielsweise die Anfrage der „Regierung der kongolesischen Freiheitsbewegung“ in Stanleyville (Zaire) 1964. MfAA an Ulbricht, Stoph, Honecker, 14.12.1964, AA-PA/MfAA/A 14593, Bl. 1–3.

76 Die Beschlußvorlage trägt die Unterschriften der Minister Mielke, Hoffmann und Dickel (MdI) sowie des stellvertretenden Außenministers Korth. Diese im Vergleich zu den anderen Vorlagen ungewöhnliche Vorgehensweise kann als Indiz für die auch von den Entscheidungsträgern erkannte Bedeutung des Beschlusses gewertet werden. Politbürositzung 10.1.1967, TOP 15 u. Anl. 5, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1093. Auch in: DY 30/J IV 2/2A/1200; DY 30/4709; BA-MA, AZN 32605.

77 Alle vier Empfänger erhielten die gleichen Ausrüstungen und Waffen, lediglich deren jeweilige Stückzahl variierte. Die Liste reichte von Decken und Stahlhelmen (sowjetischer Ausführung) über Scharfschützengewehre bis hin zu leichten Maschinengewehren. Politbürositzung 10.1.1967, TOP 15 u. Anl. 5, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1093.

Tab. 1: *Aufstellung über die gemäß Politbürobeschuß vom 10. Januar 1967 an afrikanische Befreiungsbewegungen zu liefernden Waffen, Munition (Auszüge)^a*

Position	Bezeichnung	FRELIMO	ZAPU	MPLA
1	Karabiner 98 K 7,9 mm	4 800	3 200	1 600
2	Leichtes MG 34 7,9 mm	110	75	40
3	Patronen 7,9 mm für Pos. 1 u. 2	900 000	470 000	240 000
5	Scharfschützengewehr 7,62 mm	60	40	20
8	MPi K. 7,62 mm	80	60	30
9	Patronen 7,62 mm für Pos. 8	76 000	57 000	28 500
10	MPi 43/44 7,9 mm	80	50	30
13	Schützenminen	2 000	1 000	500

a. Die Lieferungen an die westafrikanische PAIGC sind in dieser Aufstellung aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht berücksichtigt. Politbürositzung 10.1.1967, TOP 15 u. Anl. 5. Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1093. Auch in: DY 30/J IV 2/2A/1200; DY 30/4709; BA-MA, AZN 32 605.

Befreiungsorganisationen ab. Die FRELIMO sei die „bedeutendste“ und „progressivste“ Befreiungsbewegung ihres Landes und suche zudem die Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Lager. Die Militärhilfen würden daher „in Übereinstimmung mit dem außenpolitischen Prinzip der Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen“ erfolgen. Zudem wurde bei der Auswahl von der „ausenpolitischen Schwerpunktbiidung“ ausgegangen.⁷⁸

Was im Wortlaut wie eine Einzelfallentscheidung aussah, war de facto ein richtungweisender Grundsatzbeschuß. Darauf deutete auch der Auftrag an die Minister für Nationale Verteidigung und des Innern hin, Reserven aus ihren Beständen für künftige Anforderungen bereitzuhalten.⁷⁹ Mit dem Beschuß vom 10. Januar 1967 änderte sich die Haltung der DDR gegenüber Waffenlieferungen an afrikanische Befreiungsbewegungen. Galt bis dato generelle Zurückhaltung, waren solche Lieferungen nunmehr nicht nur erlaubt, sondern wurden als Akt der „tätigen Solidarität“ mit dem Kampf der afrikanischen Völker ausdrücklich gutgeheißen.

Nachfolgende Politbüroentscheidungen: Waffenlieferungen und Ausbildungshilfen

In den Folgejahren befaßten sich Politbüro und Sekretariat wiederholt mit Waffen- und Ausrüstungslieferungen in die Dritte Welt. Waffenlieferungen an Organisationen und Regierungen resultierten nicht selten aus Aufhalten einer DDR- beziehungsweise SED-Delegation in den bittstellenden Ländern bzw. aus Gegenbesuchen der jeweiligen Repräsentanten in Ost-Berlin.

Im Nachklang einer Reise des Politbüromitglieds Gerhard Grüneberg in den Libanon im Juni 1973 beschloß das Gremium, die PLO und die libanesische Kommunistische Partei mit Waffen, Munition und militärischer Ausrüstung zu unterstützen; im Protokoll findet sich dafür die Bezeichnung „Waren des nichtzivilen Bereichs“.⁸⁰ Begründet wurde

78 Vgl. Beschußvorlage MfAA an Politbüro vom 2.1.1967. SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2A/1200, Bl. 244 f.

79 Politbürositzung 10.1.1967, TOP 15 u. Anl. 5. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1093.

80 Politbürositzung 3.7.1973, TOP 5 u. Anl. 4. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1696. Auch in: BArch, DC 20/12852. Die Lieferung an die PLO umfaßte unter dem Vermerk „sofort lieferbar“ unter anderem 2 000 MPi 41, 500 schwere Sprengsätze RKG 3 und 10 Scharfschützengewehre. Die

die Unterstützung unter anderem mit der Notwendigkeit, „die Zerschlagung der PLO zu verhindern“ und „in politischer und ideologischer Hinsicht“ auf sie „einzuwirken“. Zudem habe sich die Zusammenarbeit zwischen der PLO und den sozialistischen Staaten, insbesondere der Sowjetunion, der DDR und Bulgarien, gefestigt.⁸¹

Bereits im Folgejahr beschloß das Sekretariat des ZK eine erneute, noch umfangreichere Waffenlieferung an die PLO. Daneben erhielt auch die Volksmiliz des Südjemen Waffen und militärische Ausrüstung. Die Lieferungen gingen auf entsprechende Wünsche beider Organisationen zurück.⁸² In den Beschlüssen von 1973/74 können durchaus Grundsatzentscheidungen im Hinblick auf die generelle und zukünftige militärische Unterstützung der PLO und anderer bewaffneter Gruppen in Nahost gesehen werden.

Politbüro und Sekretariat beschlossen nicht nur Waffen- und Ausrüstungslieferungen an Drittstaaten und Befreiungsorganisationen. Ab Mitte der siebziger Jahre trafen beide Gremien auch Entscheidungen über Fragen der Ausbildung ausländischer Militärs in der DDR. Im Zusammenhang mit der grundsätzlichen Zustimmung zu einer Militärdelegation der NVA unter Leitung des Ministers in die Volksrepublik Kongo beschied das Politbüro im Juli 1974 positiv über die von Brazzaville gewünschte Ausbildung von Militärkadern an Lehreinrichtungen der NVA, die bis 1979 zugesichert wurde. Minister Hoffmann wurde beauftragt, ein entsprechendes Regierungsabkommen vor Ort zu unterzeichnen. Durch den Minister für Hoch- und Fachschulwesen war zudem die vorbereitende Sprachausbildung in der Volksrepublik Kongo sicherzustellen, beginnend im Oktober 1974.⁸³

Die NVA als Mittel zum Zweck? Die Rolle des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten im Entscheidungsprozeß am Beispiel der Militärhilfen für Guinea

Ganz oben auf der Agenda der DDR-Außenpolitik stand bis in die siebziger Jahre hinein die Aufnahme vollwertiger diplomatischer Beziehungen mit möglichst vielen Staaten. Zur Erreichung dieses großen Zieles blieb den Ost-Berliner Diplomaten nur der Weg der kleinen Schritte. Vor der diplomatischen Anerkennung bedurfte es zunächst der Herstellung von ersten Kontakten. Dem Außenministerium erschien dabei auch der Weg über militärische Kanäle erfolgsversprechend zu sein.

Die Initiierung von Militärkontakten zum westafrikanischen Guinea wurde maßgeblich vom DDR-Außenministerium koordiniert. Anhand dieses Beispiels lassen sich die Motive und Ziele Ost-Berlins besonders gut veranschaulichen. In den Akten findet sich hierzu ein erster Vermerk des MfAA vom Mai 1966. Darin informierte die Handelsvertretung der DDR in Conakry über das eventuelle Interesse Guineas an Funktechnik für

SED-Spitze war auch flexibel: „Wenn Genosse Arafat die ältere MPi 41 nicht wünscht, können angeboten werden: 500 automatische MPi AKM.“ Die libanesische Kommunistische Partei sollte bis zu 500 MPi 41, 50 Pistolen und ebenfalls 10 Scharfschützengewehre erhalten. Ebd., hier Bl. 50 f.

81 Ebd., hier Bl. 43.

82 Der PLO wurden unter anderem geliefert: 5 000 MPi 41 mit 2 Millionen Schuß, 2 000 Handgranaten und 9 Geschütze 82 mm mit 4 000 Granaten. Die von der PLO gewünschten kleinen Boote und Maschinenpistolen konnten nicht geliefert werden. Sekretariatssitzung 11.10.1974, TOP 10. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3A/2586, hier Bl. 76.

83 Politbürositzung 2.7.1974, TOP 6 u. Anl. 6. Die geplante Reise Hoffmanns und der NVA-Spitze in die Volksrepublik Kongo fand erst vier Jahre später, im Mai 1978, statt. Die Vorbereitung und Aufnahme der Ausbildung der kongolesischen Militärs in der NVA verzögerten sich aufgrund von Schwierigkeiten auf kongolesischer Seite bis 1977. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1514.

seine Armee.⁸⁴ Im selben Monat bat das MfAA Verteidigungsminister Hoffmann um Informationsmaterial jeglicher Art über die NVA zwecks Übergabe und weiterer Kontaktaufnahme mit der guineischen Armeeführung. „Vorläufiges Endziel sollte der Austausch von Militärdelegationen sein.“⁸⁵ Über die Gründe und Motive ihres Engagements ließen die DDR-Diplomaten keinen Zweifel: Nach den „Ereignissen in Ghana“ (gemeint war die Machtübernahme des Militärs) bestünde die Notwendigkeit, „die Haltung zu einigen afrikanischen Staaten neu zu durchdenken“, schrieb das Außenministerium an den Verteidigungsminister im Mai 1966. „Im Ergebnis dieses Prozesses entstand bei uns im Hause [sic!] der Gedanke, unter anderem die Beziehungen zwischen der NVA und der Armee Guineas zu entwickeln. Ausgangspunkt der Überlegungen war, daß die Armeen in den afrikanischen Staaten eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Entwicklung des jeweiligen Landes spielen. [...] [Daher] halte ich den Zeitpunkt für gekommen, wo wir durch eine allmähliche Zusammenarbeit mit der guineischen Armee beginnen, uns einen gewissen Einfluß auch auf diesem Gebiet zu schaffen.“⁸⁶ Armeegeneral Hoffmann war einverstanden.⁸⁷ Entsprechend den Vorschlägen der Diplomaten konzentrierte sich das MfAA zunächst auf die Einfädelung eines Besuchs des guineischen Verteidigungsministers Diané Lansana in der DDR, der sich jedoch verzögerte.⁸⁸

Das MfAA, seine Vertretung vor Ort und das MfNV verhandelten derweil über mögliche Lieferungen von Uniformen und anderen Ausrüstungen. Der Leiter der DDR-Handelsvertretung in Conakry stellte „entsprechend der Wünsche“ des guineischen Verteidigungsministers und „in Abstimmung mit dem Botschafter der UdSSR“ eine Liste zusammen. Darauf fanden sich unter anderem Elektroaggregate, Maschinen für den Straßenbau und die Landwirtschaft, Traktoren und Wasserpumpen, aber kein einziges rein militärisches Gerät. Dennoch firmierte die Liste als „Unterstützung auf militärischem Gebiet“. Demnach sollte das MfNV die Maschinen zur Verfügung stellen beziehungsweise finanzieren.⁸⁹ Guinea bat ausdrücklich um Lieferung im Rahmen der militärischen Zusammenarbeit und nicht im Rahmen des Handelsaustausches. DDR-Generalkonsul Gürke versprach, die Wünsche dem MfNV zu übermitteln. In seinem Schreiben empfahl er die „baldige Lieferung“ mit der Begründung: „Wir sollten die gegenwärtige Möglichkeit nutzen, auch auf militärischem Gebiet die Zusammenarbeit mit Guinea zu entwickeln. Wir sollten uns dabei durch den Militärvertrag mit Westdeutschland nicht stören lassen.“⁹⁰ Daß sich der DDR-Diplomat vor Ort anscheinend zu weit

84 Handelsvertretung Conakry an MfAA, 4.5.1966. Der Generalkonsul bat sogleich um Verkaufsprospekte und Preisangebote. AA-PA/MfAA/C 1264/73, Bl. 120.

85 MfAA, Kohrt, an MfNV, Hoffmann, 13.5.1966. Die gelieferten Dokumentar- und Lehrfilme wurden später dem Verteidigungsminister und weiteren Generälen Guineas vorgeführt. Ebd., Bl. 137 f.: Handelsvertretung Conakry, 20.9.1966 und 11.10.1966. Ebd., Bl. 125–129.

86 MfAA, Kohrt, an MfNV, Hoffmann, 13.5.1966. Ebd., Bl. 137 f.

87 Er wies den Leiter der Auslandsabteilung seines Ministeriums an, sich mit den Abteilungen des MfAA in Verbindung zu setzen. MfNV, Hoffmann, an MfAA, Kohrt, 6.6.1966. Ebd., Bl. 139.

88 Damit, „Westdeutschland im Augenblick [...] nicht verärgern zu wollen“, begründete Lansana im Oktober 1967, daß er der Einladung in die DDR bis dato nicht gefolgt sei. Aus Rücksicht auf diese „Zwänge“ Guineas schlug die DDR-Handelsvertretung vor, die geplante Reise einer DDR-Militärdelegation im November 1967 um eine Woche zu verschieben, da für den Tag ihres Eintreffens auch die Einweihung eines von der Bundesrepublik gebauten Militärbetriebs, „sicherlich“ in Anwesenheit einer Militärdelegation aus Bonn, terminiert war. Handelsvertretung Conakry, 26.9.1966, 11.10.1966, 6.10.1967. Ebd., Bl. 104 f., 111–114, 127–129.

89 Handelsvertretung Conakry, undatiert, vermutlich Februar/März 1967. Ebd., Bl. 92–95.

90 Handelsvertretung Conakry, 28.2.1967. Am 20.3.1967 wurde die umfangreiche Wunschliste Guineas erneut nach Ost-Berlin geschickt, verbunden mit einem rechtfertigenden Anschreiben des Leiters der Handelsvertretung: „Diese Liste geht weit über die Wünsche hinaus, die vom Verteidigungsmini-

aus dem Fenster gelehnt hatte und sich dadurch den Unwillen seiner Vorgesetzten, vermutlich besonders der NVA-Führung, zuzog, läßt eine interne MfAA-Aktennotiz vom April 1967 erkennen: „Gen. Gürke soll sich in den mil. Fragen, was Ausrüstung angeht, nicht engagieren. Man muß diese Frage zusammen mit der Armee hier [gemeint: das MfNV] klären. Am besten Aussprache bei W. Verner!“⁹¹

Auf Unstimmigkeiten zwischen Außen- und Verteidigungsministerium deutet auch ein Schreiben Armeegeneral Hoffmanns an Außenminister Winzer vom März 1968 hin. Darin lehnte er die Vorlage eines MfAA-Grundsatzpapiers zur Entwicklung der weiteren militärischen Zusammenarbeit mit Guinea ab und stellte die Entsendung einer Militärdelegation zurück. Er beschied zudem negativ über eine noch ausstehende Lieferung von Bekleidung und Elektrogeräten durch die NVA an Guinea.⁹² Auf die Intervention Hoffmanns hin mußte das Außenministerium eine neue Vorlage erstellen. Hausintern wies das MfAA im Mai 1968 bereits quasi vorsorglich darauf hin, die neue Fassung sei gemeinsam mit dem MfNV erarbeitet worden und beruhe auf einem „Gedankenaustausch zwischen dem Genossen Ulbricht und dem Genossen Hoffmann“.⁹³

Auf Drängen der Berufsdiplomaten stellte die NVA schließlich 5 000 Felduniformen („Drillich“) und 1 000 Paradeuniformen zur Verfügung, die im November 1968 per Schiff nach Conakry versandt wurden. Die Lieferung basierte auf einem entsprechenden Beschluß des Politbüros des ZK vom September des Jahres. Nachdem die Uniformen sich klimatisch als „völlig ungeeignet“ erwiesen hatten, wurden sie postwendend zurücktransportiert.⁹⁴

1969 entbrannte ein weiterer Disput zwischen Außen- und Verteidigungsministerium an der Frage, ob nur Uniformstoffe zur Verarbeitung in Guinea oder fertige Uniformen geliefert werden sollten. Guinea hatte zahlreiche neue „militärische“ Wünsche, zu meist wiederum nach der Lieferung von Uniformen, geäußert. Das MfNV befürwortete eine Stofflieferung; das MfAA lehnte diese aus „außenpolitischen“ Gründen ab: Die Fertigung der Uniformen würde in „von der Bundeswehr errichteten Militärbetrieben“ erfolgen.⁹⁵ Bonn könnte dies „als Beispiel einer Zusammenarbeit zwischen der DDR und Westdeutschland in einem Entwicklungsland interpretieren“. Damit würde, so Außenminister Winzer, der DDR „ein außenpolitischer Schaden“ entstehen, „der über die Grenzen der Republik Guinea hinausgeht“.⁹⁶ Somit wurde die Lieferung von Stoffen

nister geäußert wurden. Aus der anfänglichen Bitte des Verteidigungsministers, einige Uniformen zu liefern, ist nunmehr eine immense Wunschliste entstanden. Diese Entwicklung ist von mir nicht gefördert worden. Ich habe von Anfang an nur meine Bereitschaft erklärt, das Anliegen [...] weiterzuleiten.“ Ebd., Bl. 63–68. Handelsvertretung Conakry, 20.3.1967. Ebd., Bl. 74 f.

91 MfAA, Kiesewetter, 18.4.1967. Waldemar Verner war Stellvertreter des Verteidigungsministers und Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA. Ebd., Bl. 101.

92 MfNV, Hoffmann an MfAA, Winzer, 12.3.1968. Ebd., Bl. 38.

93 MfAA, Fischer, Hausmitteilung, 7.5.1968. Ebd., Bl. 41.

94 Die NVA-Felduniformen erwiesen sich für die klimatischen Bedingungen in Guinea als „völlig ungeeignet“. Die Übergabe der Uniformen „würde der DDR nur schaden“, schrieb das MfAA an den Stellvertreter für Technik und Bewaffnung im MfNV, Generalmajor Fleißner. Die Ladung Uniformen ging zurück in die DDR. MfAA, Kiesewetter, an MfNV, Fleißner, 3.12.1968; Ebd., Bl. 46. Auch MfAA an Handelsvertretung Conakry, November 1968. Ebd.: Bl. 47. MfAA, Abt. Afrika, 11.11.1968. Ebd., Bl. 23.

95 „Es wäre zweckmäßig, Genossen Fleißner oder Genossen Keßler über diesen außenpolitischen Aspekt telefonisch nochmals zu informieren, da wir den Eindruck haben, daß von einigen Genossen [...] die Angelegenheit bereits als beschlossene Sache betrachtet wird.“ MfAA, Abt. Afrika, 6.3.1969. Ebd., Bl. 13.

96 Außenminister Winzer schrieb Ende März persönlich an Generaloberst Keßler, damals Chef des

für Uniformen zu einer außenpolitischen Grundsatzfrage erhoben. Generaloberst Keßler lehnte schließlich den Einspruch der Diplomaten ab.⁹⁷

Erst „solidarische Hilfe“, dann Verkauf: Volksmarine-Boote für Sansibar 1967 und 1973

1966 beschäftigte sich die DDR-Führung zum ersten Mal mit der kostenlosen Abgabe von Küstenschutzbooten der Volksmarine an Sansibar im Rahmen „solidarischer“ Hilfe. Die NVA sollte zudem die Schenkung von drei Hubschraubern prüfen.⁹⁸ Die Sansibarhilfe war das erste größere Projekt der NVA in Sachen militärischer Unterstützung für Afrika. In einem Schreiben vom April 1966 teilte Armeegeneral Hoffmann dem Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph mit, die Volksmarine könne die erbetenen drei Boote samt technische Ausrüstung liefern. Auch die notwendige Ausbildung der Besatzungen durch die Volksmarine sei sichergestellt. Aus der Abgabe der Boote ergäbe sich keine Beeinträchtigung der Kampfkraft der NVA, stellte der Minister ausdrücklich fest.⁹⁹

Der Anteil der NVA an der neuerlichen Sansibarhilfe ab 1970 umfaßte den Bau von weiteren zehn Küstenschutzbooten, entsprechende Ausrüstungen und Ersatzteile, die Errichtung von Gebäuden und Bootsanlegern auf zwei Marinestützpunkten und die Ausbildung von technischem Personal in der DDR. Zur technischen, aber auch „operativ-taktischen“ Beratung der Marine Sansibars sollten zehn bis zwölf nicht näher bezeichnete NVA-Angehörige entsandt werden. Der Einsatz der sogenannten „Instruktorsgruppe“ sollte zweieinhalb Jahre dauern. Die Volksmarine hatte bei Bedarf weitere Spezialisten auf die Insel zu schicken.¹⁰⁰ Den Befehlen des MfNV entsprechend wurden sämtliche Kosten der NVA der Staatssicherheit in Rechnung gestellt.¹⁰¹

Die verstärkten Aktivitäten zur Unterstützung von Sansibar/Tansania Mitte und Ende der sechziger Jahre¹⁰² sind eng verbunden mit dem Bestreben um die diplomatische

Hauptstabes: „Unter diesen Bedingungen könnte die Lieferung von Stoffen zur Verarbeitung in den Militärfabriken indirekt sogar die außenpolitische Zielsetzung der Bonner Regierung gegenüber Guinea fördern.“ MfAA, Winzer, an MfNV, Keßler, 26.3.1969. Ebd., Bl. 11 f.

97 „Es ist mir gegenwärtig absolut nicht möglich, Uniformen für Guinea herzustellen, da dafür keinerlei Muster und Formen zur Verfügung stehen. [...] Aus den o. a. Gründen sehe ich mich veranlaßt, die beabsichtigte Lieferung [...] vorzunehmen, wie [...] vereinbart.“ MfNV, Keßler, an MfAA, Winzer, 11.4.1969. Ebd., Bl. 10.

98 Anordnung Vorsitzender Ministerrat, 2.8.1967. BArch, DC 20/12846, Bl. 79–81. Ein späterer Beschluß aus dem Jahr 1968 bestätigte die Koordinierungsaufgabe für alle „nichtzivilen“ Maßnahmen für Sansibar durch das MfS. Beschluß Präsidium Ministerrat, 8.8.1968. Ebd., Bl. 77.

99 MfNV, Hoffmann, an Stoph, 4.4.1966. BArch, DC 20/12338, Bl. 1 f.

100 MfNV, Befehl des Ministers Nr. 42/70 über die Maßnahmen zur weiteren Unterstützung der Staats- und Sicherheitsorgane Sansibars/Tansanias bei der Erhöhung der Effektivität des maritimen Küstenschutzes vom 16.4.1970 und Befehl des Ministers Nr. 105/70 über die Durchsetzung der Maßnahmen des Perspektivplanes für den weiteren Aufbau des maritimen Küstenschutzes in Sansibar im Zeitraum 1971–1975 vom 27.7.1970. BA-MA, VA-01/27504, Bl. 380–426.

101 Von den für 1970 vom Ministerrat genehmigten Gesamtausgaben für „nichtzivile Unterstützung“ von Nationalstaaten in Höhe von 13,5 Millionen Mark (davon 2,1 Millionen Mark in Valuta) entfielen allein auf Tansania/Sansibar 7,1 Millionen Mark (davon 825 000 Valutamark). Auf die NVA und speziell die Volksmarine entfielen davon zwei Millionen Mark, inklusive 320 000 Valutamark. Ebd. MfS, Mielke, an Stoph, 29.5.1970. Vgl. BArch, DC 20/ 13001, Bl. 16 f.

102 Markus Wolf, jahrzehntelang Chef der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS und einer der Stellvertreter Erich Mielkes, klärte in seinen Erinnerungen darüber auf, daß neben den militärischen Hilfen auch das MfS und dessen HVA sehr aktiv auf Sansibar waren. Wolf hielt sich persönlich 1964 mehrere Monate an der Spitze der MfS-Experten auf der Insel auf. Vgl. Wolf, Markus: Spionagechef im Kalten Krieg. Erinnerungen. München 1998, S. 361–367. Wolf gab auch eine Erklärung, warum Sansibar und dessen Präsident Karume sich die DDR als Partner auf militärischem und sicherheitspolitischem Terrain aussuchten. Die DDR wäre wirtschaftlich interessant genug gewesen

Anerkennung der DDR durch den neuen Staat in Ostafrika.. Das kleine Sansibar hatte trotz seiner geringen weltpolitischen Bedeutung für die DDR in den sechziger Jahren eine erhebliche Relevanz, da sich beide Staaten bereits 1964 gegenseitig diplomatisch anerkannt hatten. Wenn auch dieser diplomatische Erfolg Ost-Berlins wegen der späteren Vereinigung Sansibars mit Tanganjika keinen dauerhaften Bestand hatte, galt die kleine Insel weiterhin als Schlüsselland bei den Bemühungen der DDR-Führung um internationale Anerkennung. Nach dem allgemeinen diplomatischen Durchbruch 1972 sank dementsprechend auch schlagartig die Bereitschaft der DDR-Führung, Sansibar weiterhin „solidarische“ Militärhilfe zu leisten.

Entgegen der ursprünglichen Absicht sollte eine neuerliche Lieferung weiterer Küstenschutzboote 1973 nunmehr auf kommerzieller Basis erfolgen. Darauf legte Verteidigungsminister Hoffmann Wert. Auch der weitere Einsatz von NVA-Personal auf Sansibar wurde vom MfNV entschieden abgelehnt: „Des weiteren bitte ich Dich, nicht zuzulassen, daß wiederum Kader der NVA nach Sansibar zur Arbeitsleistung beziehungsweise Dienstausbildung kommandiert werden, da die bisherigen Erfahrungen der langjährigen Tätigkeit von Offizieren der NVA keine positiven Ergebnisse gebracht haben“, schrieb Hoffmann an Honecker im Februar 1973.¹⁰³ Anfang 1973 schlug Gerhard Weiß dem neuen Ministerratsvorsitzenden Horst Sindermann die kommerzielle Lieferung der von Sansibar erbetenen Boote vor. Zuvor war im Mai 1972 die langjährige militärische Zusammenarbeit mit der Insel von DDR-Seite aus vorübergehend gänzlich eingestellt worden. Aus Strausberg kam der Befehl, das NVA-Personal von der Insel abzuziehen.¹⁰⁴

In internen Papieren wurde als Grund die „antisowjetische und antisozialistische Haltung“ der Führung der Insel genannt; die „Partner“ hätten daher die Einstellung der DDR-Aktivitäten verlangt.¹⁰⁵ Die „Sicherheitsorgane“ Sansibars hätten sich aber Ende 1972 erneut und mehrfach an die DDR gewandt und ihren Wunsch nach Fortsetzung der Zusammenarbeit bekundet, teilte Weiß mit. Entscheidend war aber wohl die Bereitschaft Sansibars, erstmalig über kommerzielle Verträge zu verhandeln. Der Gegenwert der Boote und der Technik sollte in Valuta, konkret in britischen Pfund, bezahlt werden. Das Verteidigungs- und Außenhandelsministerium müßten die Anzahl der lieferbaren Boote noch verhandeln, es wäre aber ein Erlös von acht bis zehn Millionen Mark in Valuta zu erzielen, rechnete Weiß vor.¹⁰⁶ Den vorausschauenden Hinweis von Weiß, zur

für Sansibar und zugleich zu klein und weltpolitisch zu unbedeutend, als daß eine Kooperation die Bindungen an die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien gefährdet hätte. Dieses Kalkül macht nach Auffassung des Verfassers auch die Motive Sansibars für eine Zusammenarbeit mit den DDR-Streitkräften plausibel.

103 MfNV, Hoffmann, an Honecker, 1.2.1973, darauf die handschriftlichen Bemerkungen „EH. 1.2.73“, „Gen. W. Stoph – 6.2.73“, „Gen. Weiß zur Durchführung. Stoph, 8.2.73“ sowie ein „richtig!“ neben der zitierten Bitte Hoffmanns. Zit. aus BArch, DC 20/12846, Bl. 5. Ursprünglicher Beschluß des Nationalen Verteidigungsrates der DDR (NVR), 37. Sitzung NVR, 2.2.1970, TOP 4, Anl. 6: Hilfsmaßnahmen zum weiteren Ausbau der Küsten in Sansibar im Zeitraum 1971–1975 in: BA-MA, DVW 1/39494.

104 MfNV, Befehl des Ministers Nr. 165/71 über die Einstellung der Dienst- und Sachleistungen der NVA für Sansibar vom 19.11.1971. Alle bis dato erbrachten finanziellen Leistungen sollten dem bisherigen Verfahren wiederum dem MfS in Rechnung gestellt werden. BA-MA, VA-01/27504, Bl. 377–4379.

105 Weiß an Sindermann, 12.1.1973, darauf handschriftliche Bemerkungen von Armeegeneral Hoffmann („Zurückhaltung. Wir schicken keine Kader. H.“) und Horst Sindermann („Gen. Honecker aus gegebenen Gründen bitte ich um Deine Entscheidung. Sindermann“). Mit „Partner“ war sehr wahrscheinlich die UdSSR gemeint. BArch, DC 20/12846, Bl. 7 f.

106 Ebd.

technischen Bedienung und Schulung der Besatzungen wären „Kader“ beziehungsweise eine Ausbildung in der DDR notwendig, kommentierte Minister Hoffmann mit der Randbemerkung: „Zurückhaltung. Wir schicken keine Kader. H.“¹⁰⁷ Sindermann leitete das Schreiben mit der Bitte um Entscheidung an Honecker weiter. Dieser beauftragte Minister Hoffmann mit der Prüfung. Dieser wiederum leitete den Vorgang an Generalleutnant Fleißner weiter, mit der Bemerkung oder besser Vorgabe: „Wir stimmen zu. H.“¹⁰⁸ Fleißner meldete kurz darauf dem Leiter des Bereichs Spezieller Außenhandel im Ministerium für Außenwirtschaft, Oberst Schönherr, die Volksmarine könne die vier Boote samt Ausrüstung und Ersatzteilen abgeben. Er verlangte, daß bei einem Verkauf der Boote deren Zeitwert in Höhe von 1,3 Millionen Mark dem Haushalt des MfNV gutgeschrieben werden müsse.¹⁰⁹ Den Verkauf und die Indienstellung der Boote wickelte der Außenhandelsbetrieb VEB Ingenieurtechnischer Außenhandel (ITA) ab. Im Juni und Oktober 1973 wurden Sansibar jeweils zwei Boote TB 23 der Volksmarine r übergeben. Generalleutnant Fleißner meldete an Weiß Vollzug.¹¹⁰ Den Unterlagen ist zu entnehmen, daß neben den Booten auch Pistolen, MG und Karabiner samt Munition sowie Dolche und Paradesäbel an Sansibar verkauft wurden. Wünsche nach Geschützen und Hubschraubern konnte die DDR-Führung nicht erfüllen, da diese im eigenen Land nicht hergestellt würden.¹¹¹

Ein erstes Fazit und Ausblick

Der Kalte Krieg war kein nationalstaatlicher und kein bilateraler Konflikt. Er war in vielfältigster Weise multilateral. Die Erforschung der militärischen Unterstützung von Drittstaaten und speziell der sogenannten Dritten Welt kann daher nicht auf einzelne Staaten wie die DDR beschränkt bleiben. Vielmehr bedarf eine erfolgsversprechende Forschung zwangsläufig einer supranationalen und multilateralen Perspektive.

Grundsätzlich stimmte die DDR ihre Aktivitäten in der Dritten Welt mit der Führung in Moskau ab. Oberste Entscheidungsinstanz war in diesen Fällen nicht der Generalsekretär der SED, sondern das sowjetische Verteidigungsministerium. Auf die Darstellung und Analyse der Rolle der UdSSR im Entscheidungsprozeß mußte aufgrund des begrenzten Umfangs dieses Aufsatzes hier verzichtet werden. In einer derzeit erarbeiteten Monographie des Autors wird diesen Fragen jedoch ein besonderer Schwerpunkt gelten. Diese demnächst erscheinende umfangreiche Studie wird somit ein weiteres Mosaiksteinchen zum besseren Verständnis des Widerspruchs zwischen Souveränität und Blockdisziplin innerhalb der Warschauer Vertragsorganisation beitragen.

Die hier aufgezeigten ersten Ergebnisse der Untersuchungen haben bestätigt: Die militärischen Auslandskontakte waren bei weitem keine alleinige Angelegenheit der NVA. Vielmehr wurden sie von den außenpolitischen Zielen und ideologischen Grundsätzen der Staats- und Parteiführung determiniert und bis ins Detail bestimmt. Die Streitkräfte handelten im klaren Auftrag der Parteiführung. Die Volksarmee agierte als Teil der abgestimmten Außenpolitik der DDR und folgte den Vorgaben und Zielen der SED-Führung. Insbesondere die vielfältigen Militärhilfen für die Dritte Welt folgten daher nicht eigenen militärischen Interessen oder gar eigenen geostrategischen Zielen der DDR und

107 Ebd.

108 Sindermann an Honecker, 15.1.1973. Ebd., Bl. 6–9.

109 MfNV, Fleißner, an Ministerium für Außenwirtschaft, Oberst Schönherr, 10.2.1973. Ebd., Bl. 58.

110 MfNV, Fleißner, an Weiß, 26.11.1973. Ebd., Bl. 10 f.

111 AHB ITA, Oberst Sandhoff, Bericht Verhandlungen mit Sansibar 7.–25.3. und 16.–22.4.1973. Ebd., Bl. 33–35.

ihrer Streitkräfte. Maßgeblich determiniert wurden sie vielmehr von den Beziehungen und Verpflichtungen der DDR gegenüber der Sowjetunion und damit letztlich von den globalen Interessen und Zielen der östlichen Supermacht.

Neben diesen letztlich von sowjetischen Plänen dominierten und aus der Ideologie heraus begründeten Zielen treten vor allem deutschlandpolitische Motive deutlich hervor. Aus der als Demütigung empfundenen „Hallstein-Doktrin“ entwickelte die DDR-beziehungsweise SED-Führung einen außenpolitischen Minderwertigkeitskomplex, der ihr Auftreten auf der internationalen Bühne bis zu ihrem Ende 1989/90 bestimmen sollte. Die Militärkontakte und Militärhilfen sollten die Aufnahme von politischen Beziehungen vorantreiben und das außenpolitische Prestige der DDR steigern.

Dem Kampf der Befreiungsbewegungen Afrikas gegen die alten Kolonialmächte wurde weltweit zweifellos mit großer Sympathie begegnet. Die aktive, auch militärische Unterstützung dieser Kämpfe konnte in den Augen der Führung in Ost-Berlin somit der DDR ebenfalls zu einem positiven Image verhelfen. Nicht außer acht gelassen werden sollte zudem die in Ost-Berlin und Strausberg damals als historisch richtig empfundene vermeintliche Notwendigkeit zur „solidarischen Hilfe“.¹¹² Diesen „weichen Motiven“ standen jedoch „knallharte machtpolitische Überlegungen“ zur Seite. Die langjährige militärische Unterstützung der Befreiungsbewegungen zahlte sich für die DDR-Führung nach deren Siegen durchweg aus: Ost-Berlin verfügte nunmehr über exzellente Kontakte zu den neuen Regierungen in Maputo oder Luanda. Über ihr Militär hat die DDR hier großen Einfluß gewonnen und – in unterschiedlicher Gewichtung – bis 1989 ausgeübt.

Als weiteres Motiv traten seit den siebziger Jahren auch zunehmend wirtschaftliche Belange hinzu. Die chronisch devisenschwache DDR versuchte über den Verkauf von Militärtechnik und auch über den Verkauf von Ausbildungsleistungen an ausländische Militärs Gelder zu erwirtschaften. Im Licht der DDR-eigenen Ideologie kaum verständliche Lieferungen des „Speziellen Außenhandels“ an Länder wie Libyen lassen sich nur mit ökonomischen Zwängen erklären.

„Alle Versuche ihrer eindeutigen Verortung brechen sich an den Dilemmata und Paradoxien ihrer realen Vielgestaltigkeit“, konstatierten Thomas Lindenberger und Martin Sabrow über die DDR-Geschichte.¹¹³ Gleiches kann auch für die Militärhilfen der DDR gelten. Simple Schwarz--Weiß-Schemata reichen demnach für die Analyse der vielfältigen militärischen Auslandsbeziehungen der DDR nicht aus. Die notwendige differenzierende Analyse muß neben weiß und schwarz auch die vielen Grautöne, Schattierungen und Nuancen berücksichtigen. Vorschnelle und vereinfachende Antworten waren und sind schnell gefunden. Sensationsmeldungen waren und sind gefragt. Sie werden aber der Vielfältigkeit der Motive und den sehr unterschiedlichen, sich mehrfach widersprechenden und zum Teil gegenläufigen Interessen und Zielen der DDR nicht gerecht.

112 Auf die Rolle und Stellung der Ideologie kann im Rahmen dieses Aufsatzes ebensowenig näher eingegangen werden wie auf die Funktion, die dem Solidaritätskomitee der DDR bei den Waffenlieferungen an die Dritte Welt zukam. In der derzeit erarbeiteten Monographie wird auch diesen Fragen ein weiterer Schwerpunkt gelten.

113 Zit. nach: Lindenberger, Thomas/Sabrow, Martin: Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte. In: Deutschland Archiv, 37/2004, S. 123–127, hier S. 124.